



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rückschau

Verlags- und
Anzeigengesellschaft

III – IV / 2020 • # 1074



Schrift

Um die Untauglichkeit des Salzstocks im Wendland nachzuweisen, hat die BI Lüchow-Dannenberg dem Bundesumweltministerium eine 20-seitige Dokumentation vorgelegt.

Salz

In einem Gastbeitrag erläutert der ehemalige niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel, warum der Salzstock in Gorleben als Endlager-Standort ausscheiden muss.

Stein

Ausschluss- oder Abwägungskriterium? Der langjährige Kampf ums Deckgebirge wird wieder aktuell. Wir erläutern die Bedeutung der natürlichen Barriere für Gorleben.



Ihr Zweifler sagt uns, dass eine Zukunft mit sauberer Energie ein unmöglicher Traum ist. Aber ihr liegt falsch. Träumer und Macher auf der ganzen Welt entkräften gerade Eure Zweifel. Eure Zeit geht zuende!

Arnold Schwarzenegger Schauspieler und Politiker

Plötzlich ist nichts mehr, wie es war.

Der Staat erlässt Kontaktverbot und aus Einsicht, Solidarität und Menschenliebe gehen wir in die soziale Isolation oder gar in häusliche Quarantäne. Wenn unser Verhältnis zur Natur zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts geworden war, ist nun das Verhältnis dieser Natur zu uns zu unserer Überlebensfrage geworden. Vor dem Hintergrund existenzieller Bedrohung werden mit einem Mal aber auch gesellschaftliche Veränderungen möglich, die wir uns vor kurzem noch garnicht hatten vorstellen können. Vielleicht sollten wir uns diese Möglichkeiten auch dann noch in Erinnerung rufen, wenn wir das Schlimmste überstanden haben werden, und gut abwägen, ob wir gemeinsam nicht auch anderen Krisen vernünftig, wissenschaftsbasiert und solidarisch begegnen könnten.

Und so zwangsläufig, unvermeidlich und erforderlich die Eingriffe in unser tägliches Leben auch der-



Martin Donat ist erster Vorsitzender der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

zeit sind, scheinen wir trotzdem aufgerufen, gemeinsam darüber zu wachen, dass die Einschränkungen nachvollziehbar, maßvoll und verhältnismäßig bleiben und in ihrem Windschatten nicht der eine oder andere „Beifang“ mit durch-

geschleift wird. Wie immer in der Demokratie sind transparente „checks and balances“ gefordert. Aber auch die kritiklose Begeisterung an grenzenloser Digitalisierung kann ich schon allein wegen ihres sprunghaft gestiegenen Ressourcen- und Energieverbrauches nicht teilen. Und dem Lädensterben gilt es ebenfalls dringend etwas entgegen zu setzen, dem Niedergang von Kultureinrichtungen und Clubs oder gar der Schließung sozialer Einrichtungen.

Wenn wir nicht wollen, dass am Ende nur der eine große Onlinehandel und ein paar Desinfektionsmittelspekulanten zum Krisengewinner werden, dann macht es vielleicht Sinn, seine Kleidung, Bücher, Gebrauchsgegenstände auch mal telefonisch oder online beim Traditionsladen zu bestellen, seinem Kulturladen mal eine Spende zukommen zu lassen oder jetzt soziale Einrichtungen zu unterstützen, die täglich für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft arbeiten.

Wenn Sie beispielweis dieses Jahr auch nicht ins Wendland zur Kulturellen Landpartie kommen können, so können Sie doch zum Solidaritätspreis exklusiv einen der bereits gedruckten Reisebegleiter erstehen, in dem Sie wehmütig nachschlagen können, was Sie sich hätten anschauen können...

Und vielleicht können wir die unverhofft gewonnene Zeit auch nutzen, um gemeinsam darüber nachzudenken, was es bräuchte, damit Mitgefühl, Solidarität und Vernunft in unserer Gesellschaft auch ohne virösen Ausnahmezustand dauerhaft möglich sind.

Impressum

43. Jahrgang
Ausgabe 1074
März, April 2020

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk), Nora
Krohn (nk), Wilma Wallat (ww)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de

Das dicke Ende kommt noch

Die Corona-Krise ist auch für Lüchow-Dannenberg eine riesige Herausforderung

Wirtschaft Wie gut Deutschland in medizinischer Hinsicht durch die Corona-Krise kommt, hängt wesentlich vom Verhalten der Menschen in der jetzigen Früh- und Hochphase der Pandemie ab. Darauf weisen das Robert-Koch-Institut, die Charité in Berlin und eine überraschend gut funktionierende Große Koalition täglich hin. Die wirtschaftlichen Auswirkungen nach Abklingen der Corona-Pandemie indes könnten verheerend sein. Thorsten Hensel, Inhaber des Wendlandmarkts in Lüchow und Mitglied der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg, richtet darum einen dringenden Appell an uns alle.

„Die Lage ist ernst“, sagt die Kanzlerin, und da hat sie vollkommen recht. Nun gibt es in Lüchow-Dannenberg die ersten infizierten Menschen. Bis vor Kurzem waren wir noch einer von 16 Landkreisen in Deutschland ohne Infizierte – und das bei 402 Landkreisen und kreisfreien Städten... Dennoch gibt es auch hier viel Unvernunft: Die Mülldeponie in Woltersdorf musste schließen, weil einige Mitbürger den Corona-Ausstand für Mülltourismus genutzt und für kilometerlange Staus gesorgt haben. Das geht einfach nicht!

Seit Kurzem müssen viele Betriebe ihr Ladenlokal geschlossen halten. Als Lebensmitteleinzelhändler gehöre ich nicht dazu, aber ich denke unentwegt mit großer Sorge an die vielen Ladeninhaber, die jetzt um ihre Zukunft bangen. Bitte nutzt jetzt die Zeit zur Beratung bei der IHK, der NBank und anderen und steckt den Kopf nicht in den Sand. Ich appelliere an alle Leser/-innen laut und deutlich, nach der Corona-Krise in die lokalen Geschäfte vor Ort zu gehen und dann und dort die Einkäufe zu tätigen, die jetzt nicht möglich sind. Eure Läden brauchen jeden Cent! Es ist absolut unsolidarisch, aufgrund der geschlossenen Läden jetzt im Online-Handel zu bestellen. Die Jeans, der Pullover kann auch mal sechs Wochen warten. Einige regionale Händler wie Buchhandlungen oder Textilgeschäfte bieten einen eigenen, regionalen Online-Shop an. Bitte erkundigt Euch auf deren Homepage oder per Telefon bei den Läden Eures Vertrauens.

Die Kulturelle Landpartie (KLP) fällt dieses Jahr leider aus. Ein schwerer Schlag für viele Kunsthandwerker, Künstler, aber auch Gastronomen, Übernachtungsbetriebe, Einzelhändler und so weiter. Wer glaubt, dass die KLP nur ein Fest für linksbekifftete Typen ist, die das Wendland verstopfen, wird sich wundern, welche enormen Folgen die Absage für den gesamten Landkreis bedeuten wird. Viele Kunsthandwerker decken ihren halben Jahresumsatz während der KLP. Tourismusbetriebe, Einzelhandel und viele andere Unternehmen werden ins-

gesamt einen zweistelligen Millionenbetrag verlieren, was zu sinkenden Steuereinnahmen und deutlich steigenden Sozialausgaben beim Landkreis und allen Kommunen führen wird. Neben der KLP werden viele weitere Veranstaltungen ausfallen. Der Frühjahrs-Tourismus fällt vollkommen weg.

Lüchow-Dannenberg als strukturschwacher Landkreis mit einem hohen Anteil an Künstlern und Kunsthandwerkern und einem häufig unterschätzten Tourismus wird wie kein anderer Landkreis in unserer Region unter den wirtschaftlichen Folgen des Corona-Virus' zu leiden haben.

Deswegen brauchen wir von Bund und Land eine Art „Marshall-Plan“ wie nach dem zweiten Weltkrieg für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, weil sonst viele Arbeitsplätze und Existenzen vernichtet werden. Vielleicht nicht Autobahn und 5G, aber ein flächendeckendes 4G-Netz, der zügige Ausbau der Bahnstrecken insbesondere für den Tourismus, Sonderöffnungen für touristisch relevante Betriebe sind mögliche Themen für eine nachhaltige Unterstützung für Lüchow-Dannenberg. Ich habe mit einigen betroffenen Menschen gesprochen, die aufgrund von Corona und der KLP-Absage große Existenzsorgen haben. Niemand weiß, wann die Krise überstanden ist, aber wir müssen uns jetzt bereits Gedanken machen, wie es nach Corona weiter geht.

Und damit möchte ich nach der bitteren Bestandsaufnahme jetzt in eine etwas positivere Phase umschwenken.

Was können wir, was brauchen wir, was machen wir im Wendland für unsere Zukunft? Ich möchte, dass jeder Mensch darüber nachdenkt.

Ich habe mehreren KLP-Ausstellern vorgeschlagen, während der Herbstferien oder um den 3. Oktober eine Art Ersatz-KLP mit offenen Höfen durchzuführen. Für eine Planung ist es natürlich viel zu früh, aber positive Gedanken schaden bekanntlich nicht.

Viele ausfallende Veranstaltungen könnten verschoben und nachgeholt werden. Es wird sich



Thorsten Hensel ist Inhaber des Wendlandmarkts in Lüchow. Er engagiert sich seit vielen Jahren in der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg.

dann zwar ballen, aber vielleicht gelingt uns endlich eine kreisweite Veranstaltungs-Koordinierung unter dem Dach des Landkreises. Es könnte auch über eine Sondergenehmigung für zusätzliche verkaufsoffene Sonntage insbesondere für Kunsthandwerker und touristisch relevante Betriebe nachgedacht werden.

Jeder Mensch von uns kann auch etwas beitragen: Restaurantbesuch während der begrenzten Öffnungszeiten, den Textil- oder Elektroeinkauf nach Corona, Solidarität mit allen Menschen. Vielleicht gehen wir nach der Krise gestärkt in die Zukunft?

Wir müssen die Corona-Krise ernst nehmen und uns und Andere schützen. Wir dürfen aber nicht in Panik verfallen! Angst ist das schlechteste Mittel gegen den Virus. Jeder Mensch von uns kann etwas gegen den Virus beitragen. Abstand halten. Regeln beachten. Und positive Energie entfachen. Wie soll es weitergehen bei uns im Wendland, und was können wir schon jetzt beitragen?

Lasst uns gemeinsam entschlossen in Solidarität mit allen Mitmenschen den Kampf gegen den bösen Virus aufnehmen. Tretet der Angst und der Panik entgegen. Denkt frohen Mutes an Morgen, an unsere Zukunft. Dann werden wir es gemeinsam schaffen. Im Wendland und überall auf der gesamten Welt. Bleibt gesund!

► **HINWEISE**

Vor dem Hintergrund der Corona-Krise ergeben sich im Umfeld der BI eine Reihe von Änderungen: So hat der BI-Vorstand beschlossen, die diesjährige **Mitgliederversammlung (MV)** auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Vereinsziele und gesetzliche Vorgaben würden dadurch nicht beeinträchtigt. Zur MV werde unter Einhaltung der Frist erneut eingeladen, sobald die Entwicklung eine Versammlung verantwortbar erscheinen ließe. Die BI teilt zudem mit, dass das **BI-Büro** in Lüchow bis auf Weiteres für den Publikumsverkehr geschlossen bleibt. Am sichersten sei die BI derzeit per Mail zu erreichen (buero@bi-luechow-dannenberg.de). Auch die diesjährige **Kulturelle Landpartie (KLP)** wird nicht stattfinden. „Wir haben die Notwendigkeit gesehen, jetzt zu entscheiden um für unsere Besucher/-innen und den Landkreis Klarheit und Planungssicherheit zu schaffen“, heißt es von der KLP. Die Absage umfasst auch die geplante **Kulturelle Widerstandspartie**, die sonst jeweils am Freitag vor Pfingsten stattfindet.

◀ **10. Februar**

Rund 60 Menschen sind am 10. Februar in Dannenberg erneut zur Fukushima-Mahnwache zusammengekommen. Umrahmt von Klängen der Trommler/-innen von Xamba gedachten sie der Opfer des Tsunami und der Reaktorkatastrophe von Fukushima vor neun Jahren. „Unsere wöchentliche Mahnwache dient dazu, den Menschen in Japan, die immer noch unter den Folgen des Super-GAU leiden, Mitgefühl und Solidarität zu zeigen“, unterstrich Herbert Schaper-Biemann, vom Dannenberger Aktivist/-innenkreis. Die Teilnehmer/-innen unterstützten die Proteste in Japan, die sich aktuell gegen den Olympischen Staffellauf Ende März richten. Dieser soll auch durch ehemals evakuierte Gebiete führen. „Trotz der anhaltenden Gefährdung zwingt die japanische Regierung die Menschen, in das verseuchte Gebiet zurückzukehren.“



► **HINWEISE**

► **06.02.**

◀ **10.02.**

+++ **CORONA: Mitgliederversammlung der BI abgesagt** +++ **BI-Büro geschlossen** +++ **Kulturelle Landpartie fällt aus** +++ **Kulturelle Widerstandspartie abgesagt**

Eine Grundstückseigentümerin aus dem Prezeller Gebiet hat sich erfolgreich gegen den Druck der Firma Geo Exploration Technologies (GET) zur Wehr gesetzt, für eine Probebohrung ein Stück Grünland zu verkaufen. Ihr war zunächst suggeriert worden, dass bei Weigerung unmittelbar Enteignung drohe. Auch weitere etwa 100 Eigentümer der Umgebung des Orts Schletau hatten schriftlich erklärt, sie würden ihr Land weder für Bohrungen noch für sonstige Aktivitäten wie Zuwegung, Leitungen oder Stromtrassen zur Verfügung stellen. „Unsere Unterschriftenkampagne hat funktioniert, und wird weiterlaufen,“ erklärte Dieter Metk von der BI-Arbeitsgruppe „Erdöl-Erdgas-Fracking“. In Schreiben an die Grundstückseigentümer spricht die GET von einem möglichen „Gehalt von Wertelementen im Porenfluid wie z.B. Lithium (Elektromobilität) und Erdwärme (Erneuerbare Energien)“. Die Firma trage damit „nachhaltig zur Umsetzung der Energiewende“ bei. Die der GET erteilte Aufsuchungserlaubnis gilt allerdings für Kohlenwasserstoffe, also die Förderung von Öl.

► **Meldung vom 6. Februar**

Zum Tod von Gisela Cremer ◀

„Singendes Wendland“ hieß die erste deutsche Lieder-Zeitung, deren erste Ausgabe am 1. Januar 1983 in der Druck- & Verlags-Deel Summa Summarum erschien. Die Deel, das war die Diele von Gisela Crémer in Laase. Viele Ausgaben folgten noch, zumeist wurde bekanntes Liedgut umgedichtet und als fleißigster Umdichter fungierte Fred Denger, der Lebensgefährte Giselas. Denger verlegte im gleichen Jahr dort auch seine erfolgreiche Bibelparaphrase „Der Grosse Boss“ eine kreuzfidele, bettlerfreche, nonnenfromme Ausgabe des Alten Testaments.

Der Versuch, statt in Gorleben nun im westlichen Zipfel des Landkreises Lüchow-Dannenberg, in Dragahn, eine Wiederaufarbeitungsanlage zu errichten, hatte die Menschen erneut aufgerüttelt. Hatte doch der damalige Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) erst dreieinhalb Jahre zuvor – 1979 – unter dem Eindruck des Trecks nach Hannover – erklärt, dass es im Landkreis Lüchow-Dannenberg keine WAA geben sollte. Ein „semantisches Problem“, ließ er daraufhin verlauten, als ihm von allen Seiten Wortbruch vorgeworfen wurde, mit Lüchow-Dannenberg sei Gorleben gemeint gewesen...

Das war der Anstoß für Gisela, deren Deel unweit von Gorleben lag, sich fortan mächtig ins Zeug zu legen. Nicht nur singend und demonstrierend im Dragahner Wald. Zunächst kreierte sie den „Dragahn-Rückspiegel“: Täglich durchforstete sie überregionale Zeitungen und natürlich die Heimatzeitung, die Elbe-Jeetzel-Zeitung, schnitt akribisch alle Beiträge mit Atomnachrichten, guten wie schlechten, aus und klebte sie auf DIN-A4-Blätter.



03.02. ◀

elle Widerstandspartei entfällt +++ Öko-/Politfilm-Reihe ausgesetzt +++ Veranstaltung mit Achim Brunnengräber abgesagt +++

Die wurden mit einem Glossar versehen, gedruckt und gebunden – peu à peu wurde das professioneller und mutierte zu einem weithin nachgefragten Nachschlagewerk für Aktivist/-innen und Journalist/-innen. Als die WAA Dragahn schließlich gekippt war – damals erhielt bekanntlich Wackersdorf den „Zuschlag“ -, machte sie weiter und legte monatlich den „Wendland-Rückspiegel“ vor.

Gisela Crémer fand ihre politische Heimat schließlich in der „Ini 60“, den Älteren, die, als sie in die Jahre kamen, bei ihren Treffen gerne Widerstandslieder schmetterten und es sich nicht nehmen ließen, gegen den Castorwahn auf die Straße zu gehen. Am Ende, als die Kräfte nachließen, umrundete Gisela mit ihren Älteren noch das Endlagerbergwerk mit einer Pferdekutsche und spendierte Marmorkuchen für das BI-Büro.

Wir danken dir, Gisela und gedenken deiner, du bist nicht mehr unter uns, aber die Lieder begleiten uns wie der feuerspeiende Drachen aus dem Dragahn-Widerstand. ◀

► HINWEIS

Ein Castortransport aus der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield, der Anfang April nach Biblis führen sollte, ist abgesagt worden. Der Einsatz sei wegen der Ausbreitung des Coronavirus' „nicht zu verantworten“. Getroffen habe diese Entscheidung Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), berichtete das Nachrichtenmagazin *Spiegel*. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) begrüßte diese Entscheidung. Gefährdet wären bei einem Hochrisikotransport nicht nur die angeforderten 6000 Polizist/-innen, sondern auch die Demonstrant/-innen. Die „Corona-Pause“ müsse nun genutzt werden, um einen generellen Stopp der geplanten Atommülltransporte durchzusetzen. An den Zielorten gebe es kein belastbares Reparaturkonzept. Bis zu einer verantwortbaren Endlagerung hochradioaktiver Abfälle müsse das Hin- und Herschieben von Atommüll unterbleiben, so die BI.

13. Februar ◀

Mitte Februar endete die über knapp drei Jahre laufende Veranstaltungsreihe „Jugend trifft Erfahrung“. Das Fachportal „Atommüllreport“ hatte das Projekt gemeinsam mit der BUNDjugend im April 2017 gestartet. „In den letzten fünfzig Jahren wurden mit industriellen Entwicklungen Probleme erzeugt, mit denen sich die heute junge Generation auseinandersetzen muss, ohne selbst dafür verantwortlich zu sein. Dazu gehört der Klimawandel, die Verschmutzung der Meere mit Plastik und das Atommüllproblem. Die aktuellen Proteste der Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz zeigen, dass viele Jugendliche erkannt haben, dass sie ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen müssen“, sagte Projektleiterin Ursula Schönberger. In den Diskussionen, sei deutlich geworden, dass das Thema Atommüll eine Brisanz und Tragweite habe, dass es sogar in die Lehrpläne aufgenommen und bereits in der Schule darüber informiert werden sollte. „Deshalb haben wir Bildungsmaterial entwickelt, das auf der Seite www.atommuellreport.de abgerufen werden kann.“ Auch außerhalb der Schule müsse jugendgerecht über das Thema aufgeklärt werden. Dafür hat die BUNDjugend auf www.bundjugend.de/atommuell ein Infoportal für Jugendliche geschaffen. Es liefert in verständlicher Sprache Antworten auf Fragen rund um die Themen Atomkraft und Atommüll.



► HINWEIS

18.12. ◀

Dänemark plant den Neubau eines Zwischenlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus Forschung, Medizin und der Industrie. Als Standort ist das Gelände der stillzulegenden dänischen Forschungsreaktoren auf der Halbinsel Risø westlich von Kopenhagen vorgesehen. Im Rahmen der ESPOO-Convention (Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen) hat Dänemark dazu Deutschland entsprechende Unterlagen zum Projekt sowie zum vorgesehenen Umfang der Untersuchungen übermittelt und die Möglichkeit eingeräumt, sich am Verfahren zur Umweltverträglichkeit zu beteiligen. Das Ministerium für Inneres und Europa wird sich am UVP-Verfahren beteiligen und hat die bisher vorliegenden Unterlagen auf seiner Homepage eingestellt. Das Verfahren zur Umweltverträglichkeit selbst soll im Jahr 2020 durchgeführt werden. In der jetzigen Phase können Kommentare zum vorgesehenen Untersuchungsrahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung abgegeben werden.

Meldung vom 18. Dezember ◀

► 18.01.

Der schleswig-holsteinische Umweltminister Jan Philip Albrecht will die Anordnung zur Castor-Lagerung im ungenehmigten Zwischenlager Brunsbüttel unbefristet verlängern. Darauf wies der NDR in einem Bericht im Schleswig-Holstein-Magazin Mitte Januar hin. Darin wurde auch erwähnt, dass Vattenfall Unterlagen, die nach Behördenangaben „wesentliche Fragen zum Nachweis der Sicherheit“ der Brunsbütteler Castor-Halle betreffen, bis heute nicht eingereicht hat. Damit setzt das schleswig-holsteinische Ministerium nach Ansicht der Anti-Atom-Initiative „ausgestrahlt seit fünf Jahren die geltenden Sicherheitsregeln für Atommüll-Zwischenlager außer Kraft.“

► Meldung vom 18. Januar

13.02. ◀

26. März

Am 24. Juli 2020 sollen in Tokyo die Olympischen Spiele eröffnet werden. Einige Wettbewerbe sollen auch in Fukushima-Stadt zur Austragung kommen. Zuvor, am 26. März, wird in unmittelbarer Nähe des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi der olympische Fackellauf gestartet. Der Ärzteverbund IPPNW hat dazu in einer großen Zeitungsanzeige geschrieben: „Die japanische Regierung hat nach dem Super-GAU die Grenzwerte von 1 auf 20 Millisievert im Jahr erhöht, um eine Rückkehr der Bewohner in die dekontaminierten Gebiete zu erzwingen. Sie verstößt damit gegen international geltende Strahlenschutzregeln. Insbesondere Kinder und Schwangere sind gefährdet. Der Druck wird durch Beendigung der finanziellen Unterstützung massiv erhöht. Das ist aus ärztlicher Sicht unverantwortlich.“

14. Februar

In der Diskussion um den künftigen Standort für ein Atomendlager mit hochradioaktivem Müll warnte Niedersachsens Energieminister Olaf Lies die anderen Bundesländer, sich von vornherein auszugrenzen. „Wir brauchen ergebnisoffene Untersuchungen, um den richtigen Standort zu finden, bei dem kein Bundesland ausgeschlossen werden darf“, erklärte Lies am (heutigen) Freitag in seiner Rede vor dem Bundesrat zum Geologiedatengesetz. „Wir dürfen uns keiner Illusion hingeben: Die Endlagersuche wird eine höchst kontroverse Debatte in Deutschland auslösen. Umso mehr brauchen wir ein nachvollziehbares Verfahren, in dem alle verfügbaren geologischen Daten einfließen“, ergänzte der Umweltminister. Gerade Niedersachsen habe in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gesammelt. Sowohl die Vorgänge rund um die Asse (Lies: „Ein Skandal“) als auch beim Lager Gorleben seien „Mahnung und Warnung“, wie eine nationale Endlagersuche nicht laufen dürfe. „Wir werden kein breit akzeptiertes Ergebnis kriegen, wenn der gesamte Suchprozess nicht völlig transparent abläuft“, mahnte Lies. Das Geologiedatengesetz stelle schon „die richtigen Weichen“. Der Energieminister forderte zugleich, „dass der Teil der nicht-öffentlichen Daten möglichst klein ausfallen“ müsse. Und: „Im Suchprozess für ein Atomendlager müssen auch Anpassungen möglich sein“, so Lies.



14.02.

22.02.

09.03.

26.03.

Block 1 des französischen AKW Fessenheim am Oberrhein ist am 22. Februar endgültig vom Netzgegangen, Block 2 folgt am 30. Juni. Die Anlage steht direkt an der deutschen Grenze, 30 Kilometer von Freiburg entfernt. Zur Abschaltung erklärte Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt: „Der lange Kampf der Anti-Atom-Bewegung auf beiden Seiten des Rheins zahlt sich endlich aus. Mit jedem Reaktor, der vom Netz genommen wird, wird das atomare Risiko geringer. Allerdings warne ich vor zu lauten Freudenbekundungen aus der deutschen Politik. Schließlich laufen hierzulande noch immer sechs große Atomkraftwerke, die ebenfalls in die Jahre gekommen sind.“

Meldung vom 22. Februar

Ein Netzwerk von Anti-Atomkraft-Initiativen begrüßt, dass die Laufzeitverlängerung der AKW Doel 1 und 2 wegen fehlender internationaler Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) gekippt wurde. Eine länderübergreifende UVP ist auch bei Laufzeitverlängerungen grenznaher AKW wegen der Espoo Konvention Pflicht, hatte der EUGH 2019 geurteilt. Das oberste belgische Gericht hat sich nun dieser Argumentation angeschlossen und die Laufzeitverlängerung bis 2025 für die beiden 45 Jahre alten AKW-Blöcke gekippt. Da das Gericht es jedoch für wahrscheinlich hält, dass eine sofortige Schließung zu Engpässen in der Stromversorgung führen würde, gibt es der belgischen Regierung bis Ende 2022 Zeit, entweder eine UVP nachzuholen oder die beiden Reaktoren zu schließen.

Meldung vom 9. März

Jahresbericht

Vorsitzender Martin Donat berichtet über Aktivitäten der BI im vergangenen Jahr



Erneut liegt ein anstrengendes Jahr hinter uns. Ob es auch ein erfolgreiches Jahr war, wird sich in mancher Hinsicht womöglich erst noch zeigen müssen...

Die anfallende Arbeit der BI wird von einem kleinen Zirkel bewegter Menschen bewältigt, und obwohl schon bald ein Jahrzehnt keine „Großereignisse“ wie beispielsweise die einst unerträglichen Castortransporte oder hier im Landkreis zu organisierende bundesweite Großdemonstrationen mehr anstehen, ist der Aufwand doch keineswegs gering geworden. Die Tätigkeit des Büros, des Vorstandes, der Fachgruppen, der Redaktion der *Gorleben Rundschau* und der zahlreichen oft ungenannten Helfer/-innen ist zwar oft geringer sichtbar, aber eben auch komplexer geworden. Insgesamt gibt es vielleicht weniger „Mitmachformate“, aber andererseits mehr Einladungen an uns sowie externe Veranstaltungen, bei denen unsere tiefer gehende Expertise gefordert ist. Gleichzeitig sind viele unserer kritischen Experten nicht mehr tätig oder sogar nicht mehr da, und neue und junge Expert/-innen werden häufig von den staatlichen Institutionen aufgesogen, die – nicht zuletzt durch euer und unser Wirken – gelernt haben, ihr Antlitz zum Besseren zu verändern. Der grundsätzliche Konflikt zwischen Staat und Bürger/-innen, zwischen Administration und Betroffenen, ist jedoch keineswegs beigelegt, und das (nun auch nicht mehr) „neue“ Standortauswahlgesetz (StandAG) kommt im Inhalt und in der

behördlichen Umsetzung leider wieder „durchsetzungsorientiert“ daher, obwohl doch der Geist des Gesetzes angeblich ein „lernender“ sein sollte.

Dieses Gesetz, dessen Zustandekommen wir fundiert kritisiert und dessen Beschluss wir begründet abgelehnt haben, sowie seine Umsetzung durch die im Rahmen dieses Gesetzes geschaffenen Institutionen binden aktuell einen großen Teil unserer Energie. Das ist zwar der Sache auch angemessen, denn in diesem Verfahren wird schließlich entschieden, ob und welche anderen möglichen Endlagerstandorte in der Republik in die tiefergehende Betrachtung einbezogen werden oder ob Gorleben doch wieder durch die Hintertür mit durchs Verfahren geschleift wird. Aber das ganze Verfahren erweist sich als ausgesprochen trockene Materie, wobei die verdeckten Stellschräubchen oft erst auf den dritten Blick im Trüben sichtbar werden. Und obwohl das Verfahren vorgibt, lernend zu sein, haben wir bislang kaum oder keine Effekte unserer fundierten Kritik ausmachen können.

Es gibt nicht wenige Stimmen, die deshalb fordern, dass die BI sich an dem Suchverfahren nicht „beteiligen“ dürfe und die Endlagersuche durch „Mitmachen“ legitimieren würde. Der Vorstand ist allerdings zu der Auffassung gelangt, dass auch in einem solchen Fall eine „Beteiligung“ keinesfalls ausgeschlossen werden kann, sondern vorprogrammiert ist, eben weil das fast fertig gebaute Endlagerbauwerk Gorleben

nicht zu Beginn ausgeschlossen wurde und die vierzig Jahre auf Gorleben zugeschnittenen Kriterien wieder in den jetzigen Kriterienkatalog eingeflossen sind. Gegen unseren ausdrücklichen Willen und vor dem unüberhörbaren Veto der ganzen Region müssen wir also wieder damit rechnen, angewidert in die unausgegorenen staatlichen Atommüllpläne „involviert“ zu werden. Wir haben uns deshalb entschieden, zwar auf der einen Seite unsere grundsätzliche Kritik am Gesetz und an der mangelhaften Beteiligung der Öffentlichkeit aufrecht zu halten, aber andererseits das Verfahren auch durch kritische Zwischenrufe zu begleiten, mit denen wir auf Manipulationen, Unstimmigkeiten und die eklatanten Fehler aufmerksam machen und sie zu Protokoll geben.

Damit wir uns richtig verstehen: wir sind nicht der Auffassung, dass alle Konstrukteure des Gesetzes oder alle Protagonisten seiner Umsetzung ausschließlich Böses im Schilde führen. Auch wenn wir das Gesetz abgelehnt haben, haben wir doch wahrgenommen, dass fast die Hälfte der daran Beteiligten glaubwürdig nach einer verantwortungsvollen Lösung für den Verbleib des atomaren Mülls gesucht hat und verlässlich für den Atomausstieg steht. Wir haben aber ebenfalls gesehen, dass im verkürzten Beratungsverfahren nicht der Konsens gesucht und die Zivilgesellschaft nicht angemessen beteiligt wurde, sondern vielmehr die kritischen Stimmen im politischen

Alltagsgeschäft vorschnell über-
tönt wurden.

Wir denken vor diesem Hinter-
grund eher, dass der Wettstreit,
ob nun die alten, greisen Kader
mit ihrer stetigen Verharmlosung
nuklearer Bedrohung und ihren
devoten Vorstellungen von Bür-
gerrechten sich wieder durchset-
zen werden oder aber der angebli-
che neue Geist des Gesetzes die
Oberhand gewinnen kann, noch
gar nicht ausgetragen ist. Im Mo-
ment sind zweifellos die Techno-
kraten am Ruder und trotz fleißi-
ger Öffentlichkeitsarbeit geschieht
das meiste ihres Wirkens im Ver-
borgenen, weil es das Alltagsleben
des Durchschnittsmenschen ein-
fach nicht tangiert. Das kann sich
aber sehr schnell ändern, wenn
eine Region in den Fokus der Su-
che rückt; nur dann dürften die
meisten Weichen bereits gestellt
und die Mitwirkungsmöglichkei-
ten nur noch dürrtig sein.

Das Bundesamt für kerntechni-
sche Entsorgungssicherheit (BfE),
das sich just im Neusprech in
„BASE“ (Bundesamt für die
Sicherheit der nuklearen Entsor-
gung) umbenannt hat und gesetz-
lich für die Umsetzung des End-
lagersuchverfahrens verantwort-
lich ist, war sich im vergangenen
Jahr nicht zu schade, seine kun-
terbunte Ausstellung (ohne jeden
Tiefgang) zur Endlagersuche im
Museum Hannover vor der Kulisse
der Ausstellung des Gorleben-
Archivs zu 40 Jahren Treck nach
Hannover zu präsentieren und
„Suche X“ zu titulieren, während
eine Informationsveranstaltung
der BI vom Museum aus „Termin-
gründen“ abgesagt wurde. Auch
den entscheidenden Tag der ers-
ten Auswahl benennt das Bundes-
amt instinktlos als „D-Day“ oder
gar als „Tag X“ und versucht so,
sich als staatliche Institution zur
Durchsetzung eines Endlagers in
die Tradition der Anti-AKW-Beweg-
ung zu stellen. Peinlich.

In diesem Jahr nun, im 40. Jahr
der Republik Freies Wendland und
der Platzbesetzung 1004, wird im
vierten Quartal erstmalig ein Zwi-
schenbericht zu den Teilgebieten
der „neuen Endlagersuche“ vorge-
legt und ergibt sich erstmalig
eine reale Chance auf den „Traum
von einer Sache“, zumindest inso-

weit, dass Gorleben lebt und nicht
zum atomaren Endlager wird. Im
BI-Vorstand gab es zwar auch ein-
nen Disput dazu, weil das Stand
AG bei strenger Auslegung einen
solchen Ausschluss in diesem
Verfahrensschritt vielleicht nicht
explizit benennt, aber die Mehr-
heit von uns gelangte auch unter
Berücksichtigung externer Gut-
achter zu der Auffassung, dass
trotz des Zuschnittes der Such-
kriterien auf Gorleben genug Aus-
schlusskriterien vorlägen, um den
Standort dieses Jahr endlich als
Endlager aufzugeben. Besonders
aber wird der Zuschnitt der Teilge-
biete aufzeigen, ob und wo Krite-
rien angepasst wurden, um Gor-
leben im Rennen zu halten oder
ob es den Verantwortlichen gel-
lingt, endlich Farbe zu bekennen.
Durch den längst überfälligen
Ausschluss Gorlebens könnte das
Verfahren erheblich an Glaubwür-
digkeit gewinnen, allerdings oh-
ne dass allein dadurch schon alle
anderen Geburtsfehler geheilt
würden.

Dass es uns nicht um das St.-Flo-
rians-Prinzip geht oder wir nicht
nur immer „not in my backyard“
schreien, zeigt sich schon daran,
dass der Landkreis Lüchow-Dan-
nenberg auch mit den einst auf
der Liste der „eignungshöffigen“
Salzstöcke befindlichen Standorte
Waddekath und Gülze-Sump-
te unmittelbar betroffen und ver-
mutlich Mitglied der Teilgebiets-
konferenz sein würde. Uns geht es
also vorerst nur um Parität. Unse-
re grundsätzliche Kritik am Man-
gel der Betrachtung von Optio-
nen, der „gehärteten“ Zwischen-
lagerung, der fairen und verglei-
chenden Suche für schwach- und
mittelradioaktiven Müll und der
Beteiligung der Zivilgesellschaft
halten wir selbstredend aufrecht.

Was war noch?

Ihr wart wieder großartig auf der
Kulturellen Widerstandspartie in
Gorleben und unser grenzenloser
Dank gilt den opferbereiten KLP-
Austeller/-innen, wundervollen
Künstler/-innen und selbstlosen
Helfer/-innen! Gemeinsam sind
wir unausstehlich!

Oft treten Menschen an uns oder
das BI-Büro heran und finden:



► **Martin Donat ist Vorsitzender der Bürgerinitiative Um-
weltschutz Lüchow-Dannenberg.**

„Die BI müsste doch eigentlich
mal...“ Bitte nehmt zur Kenntnis,
dass wir ausgelastet sind. Wenn
ihr mehr wollt, kommt bitte selbst
und engagiert euch. Wir freuen
uns auf euch! Der Vorstand trifft
sich alle 14 Tage donnerstags.

Die Monster der Vergangenheit
und des kalten Krieges erweisen
sich als vielköpfige Hydra. Erst war
es nur die AfD, die weltmachttrun-
ken von der Rückkehr zur Atom-
kraft, vom Ausstieg vom Ausstieg
vom Ausstieg vom Ausstieg von
der Nuklearenergie faselte, aber
neun Jahre nach dem Ausstiegs-
beschluss legte nun auch die Par-
tei der Ausstiegskanzlerin jünger
ein Positionspapier auf den Tisch,
nach dem „Projekte zur Kernfusi-
on und zu kleinen modularen Re-
aktoren“ „ergebnisoffen“ als an-
geblich CO₂-freie Energieproduk-
tion geprüft werden sollen!

Phantasien einer nuklearen
„Brückentechnologie“ in das er-
neuerbare Zeitalter entspringen
ausschließlich den eiskalten
Sprengköpfen eines gruseligen
Zeitalters des atomaren Overkills!
Wehret den Anfängen! Don't nu-
ke the climate!

Wie immer im Leben dürfte das
Geheimnis im Maßhalten liegen...
Nur euer Widerstand, der darf
auch vierzig Jahre nach unserer
Platzbesetzung auf 1004 noch im-
mer unermesslich sein! Dorf und
Turm könnt ihr zerstören, aber
nicht unsere Kraft, die es schuf!

Das Gorleben-Kapitel

Ende in Sicht? Nach 43 Jahren könnte Gorleben aus dem Verfahren fallen!

Standort Wenn im Herbst im Zuge der Standortsuche für ein Atommüll-Endlager der Zwischenbericht Teilgebiete vorgestellt wird, könnte Gorleben aus dem Verfahren herausgenommen werden. Damit käme ein jahrzehntelanger Kampf zum Ende. Um die Untauglichkeit des Salzstocks im Wendland nachzuweisen, hat die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg dem Bundesumweltministerium nun eine 20-seitige Dokumentation vorgelegt. Von Wolfgang Ehmke

Die Standortbenennung Gorlebens lag am 22. Februar genau 43 Jahre zurück. Erstmals eröffnet nun das neue Endlagersuchverfahren die Chance, dass der Salzstock Gorleben-Rambow im 43. Jahr aussortiert wird, wenn die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) im Herbst ihren Zwischenbericht vorlegt, bei dem die Mindestanforderungen, Ausschluss- und Abwägungskriterien auch auf den bisherigen Standort Gorleben angewendet werden. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) präsentierte deshalb ihr eigenes „Gorleben-Kapitel“, das sie am Jahrestag der Standortbenennung von 1977 an das Bundesumweltministerium, den Vorhabensträger BGE, an Bundestags- und Landtagsabgeordnete schickte. Auf 20 Seiten wird wissenschaftsbasiert dargelegt, warum Gorleben im ersten Verfahrensschritt im Herbst 2020 aus dem Suchverfahren ausscheiden müsste.

► Streng nach Gesetz

Dieser Beitrag orientiert sich deshalb strikt am Standortauswahlgesetz. Zunächst wird belegt, dass Gorleben in einer „aktiven Störungszone“ liegt: Der Salzstock Gorleben-Rambow liegt in der neotektonisch aktiven Mitteleuropäischen Senkungszone, die als relativ schmale Struktur die Elbezone umfasst und von der Nordsee bis Süd-West Polen verläuft. Im Unterschied zu Störungen, die naturgemäß durch den Aufstieg des Salzes an die Erdoberfläche beruhen, kam dieser Salzstock nicht zur Ruhe.

► Völlig verritzt

Die BI dokumentiert darüber hinaus eine Vielzahl von Bohrungen, die unter anderem einen Auf-



► Vorstellung des „Gorleben-Kapitels“ der BI am 22. Februar in Platenlaase

schluss über die „miese Beschaffenheit“ des Salzstocks Gorleben-Rambow geben. Kritisiert wird, dass die Bohrungen in den Betrachtungen der BGE nur in Verbindung mit einer 25-Meter-Abstandsregel zu einem künftigen Endlagerbergwerk betrachtet werden, statt deren Wert als „diagnostisches Instrument“ für die Beschaffenheit des Untergrunds zu erkennen. So wurden salzgebundene Gase in Probe- und Schachtvorbohrungen nachgewiesen.

► Deckgebirge nur Abwägungskriterium

Schließlich geht es um das Deckgebirge. Bekanntermaßen fehlt eine durchgängige, wasserabweisende Tonschicht auf 7,5 Quadratkilometern über dem Salzstock Gorleben-Rambow. „Wir mussten erheblich umdenken“, sagte ein BI-Sprecher bei der Vorstellung des eigenen „Gorleben-Ka-

pitels“, denn wieder einmal sei klar geworden, dass dieser bisherige Hauptkritikpunkt in Sachen Nichteignung im StandAG zu einem Abwägungskriterium herabgestuft worden sei.

► Alter Geist

An dieser Stelle wurde aus Sicht der BI überdeutlich, dass in der Endlagerkommission, die an den Ausschluss- und Abwägungskriterien arbeitete, der alte Gorleben-Streit aufflammte.

„Von den Kräften, die Gorleben möglichst lange im Rennen halten wollten oder gar auf Gorleben als Notnagel zurückgreifen wollten, sollte die natürliche geologische Barriere ‚Deckgebirge‘ sogar vollends aus dem Katalog gestrichen werden. Dazu gehörte leider auch der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Kanitz, der heute Mitglied der Geschäftsführung der BGE ist.“ Die BI sieht da erheblichen Erklärungsbedarf.

Der Kampf ums Deckgebirge

Die Bedeutung der natürlichen Barriere für Gorleben

Wirtsgestein Die Bundesgesellschaft für Endlagerung trägt derzeit geologische Daten zusammen, um Regionen in Deutschland „wissenschaftsbasiert“ von der weiteren Endlagersuche ausschließen zu können. Im Herbst wird ein mit Spannung erwarteter Zwischenbericht vorgelegt. Dabei geht es nicht nur um Ausschlusskriterien, eine gewichtige Rolle spielen auch die Abwägungskriterien. Von Wolfgang Ehmke

Wie sehr die Gewichtung der Abwägungskriterien politisch eingefärbt sind, lässt sich an der Rolle des Deckgebirges ablesen. Es soll nämlich – wie auch der „einschlusswirksame Gebirgsbereich“ – dazu beitragen, dass die hochradioaktiven und hochgiftigen Abfälle gegenüber der Biosphäre für eine Million Jahre abgeschirmt bleiben.

Bekanntermaßen fehlt über dem Salzstock Gorleben-Rambow auf

ße Gorleben“, denn ein Vergleich mit anderen Standorten war – anders als ursprünglich von der Schmidt-Regierung beabsichtigt – nicht mehr eingeplant, die Öffentlichkeit wurde ausgesperrt und ihrer Rechte beraubt, denn ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren wurde nicht eröffnet. In die bleierne Zeit der Verdrehungen, Verharmlosungen und Lügen in der Ära Kohl fiel auch die wenig ruhmreiche Arbeit einer Bun-

Systems, das dazu taugen sollte, die Radioaktivität von der Biosphäre abzuschirmen, immer wieder und immer weiter abzuschwächen.

Stattdessen, so könnte man „positiv“ vermerken, wurde am Ende der sichere Einschluss durch das Endlagermedium selbst (Salz, Ton oder Kristallin) in den Vordergrund gerückt – in der Fachdebatte wird das „einschlusswirksamer Gebirgsbereich“ genannt. Zu den



In einer ersten Bewertung des Deckgebirges hinsichtlich seiner Barrierenfunktion für potentiell kontaminierte Grundwässer (s. Kriterium 4.4) ist festzustellen, daß die über den zentralen Bereichen des Salzstocks Gorleben vorkommenden tonigen Sedimente keine solche Mächtigkeit und durchgehende Verbreitung haben, daß sie in der Lage wären, Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten. Berechnungen mit einem Süßwassermodell ergeben für den Transport von Schadstoffen, für die keine Rückhaltungen und Verzögerungen infolge Sorption unterstellt wird, bei Eintritts-

stellen in den untersten Grundwasserleiter mit hohen Grundwasserabstromungen Transportzeiten von 600 Jahren bzw. 1170 Jahren bis zum Eintritt in Exfiltrationsgebieten nördlich der Elbe. Für anders gewählte Eintrittsstellen kann die Exfiltrationsfläche auch südlich der Elbe mit möglicherweise kleineren Transportzeiten liegen. Die Rechenergebnisse haben vorläufigen Charakter und sollen durch weitere Messungen, z. B. Pumpversuche, abgesichert werden.

Auszug aus dem PTB-Zwischenbericht von 1983



7,5 Quadratkilometern eine durchgängige Tonschicht. Das wurde erstmalig durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in ihrem – wohlgerneht auch so genannten – „Zwischenbericht“ im Jahr 1983 anerkannt und publiziert.

► Gorleben sollte „eignungshöflich“ sein

Die Kohl-Regierung schlug diese Warnungen in den Wind, kreierte stattdessen den Begriff „Eignungshöflichkeit“, und in der bloßen Hoffnung auf eine Eignung wurden in Gorleben ab 1986 die Schächte abgeteuft und das Bergwerk unter dem Deckmantel einer „Erkundung“ errichtet. Es begann die Phase der „Einbahnstra-

desumweltministern Angela Merkel, die bei Vorlage der Salzstudie der Bundeanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) behauptete, diese Studie habe belegt, dass Gorleben bestens geeignet sei – obwohl der BGR-Auftrag darin bestand, Salzstöcke unter Ausklammerung von Gorleben zu untersuchen. Das alles und noch viel mehr lässt sich trefflich im Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Gorleben nachlesen. Auf der einen Seite wuchs das Wissen um die – unter dem Aspekt der Atommüllendlagerung desaströse – Hydrogeologie des Salzstocks Gorleben-Rambow, und auf der anderen Seite wuchs das Bemühen, den Stellenwert eines notwendigen Mehrbarrieren-

„Vätern“ dieses Kurswechsels gehören unter anderen die Geologen (und Gorleben-Gegner!) Klaus Dumphorn, Jürgen Kreuzsch und Detlef Appel, die darin jedoch eine Verschärfung der Sicherheitsanforderungen sahen und nicht die Aufgabe eines Mehrbarrierenkonzepts.

► Neue Eskalation

Der Streit um Gorleben eskalierte in der Schlussphase der Endlagerkommission, deren Vorschläge in das Standortauswahlgesetz (StandAG) einfließen, erneut: Würde ein fehlendes Deckgebirge ein Ausschlusskriterium bei der Endlagersuche sein oder wäre das nur ein Abwägungskriterium? Es kam viel schlimmer: Die zweite wissenschaftlich unumstrittene

natürliche Barriere bei der Endlagerung wurde sogar gänzlich in Frage gestellt.

Ausgerechnet Steffen Kanitz, heute stellvertretender Vorsitzender der BGE- Geschäftsführung, und Bernhard Fischer als Vertreter der Energiewirtschaft vertreten folgende Position:

„Die geforderte Festlegung der Mächtigkeit von Salzscheibe und Deckgebirge [ist] willkürlich und ebenso unbegründet wie die Behauptung, dass direkter Kontakt des Salzspiegels mit Grundwasser sicherheitstechnisch nicht akzeptabel sei.“

Es wurde erkennbar nicht wissenschaftlich, sondern politisch um eine Formulierung gerungen, denn es ging im Finale noch einmal um das Ansinnen der Unionsparteien, Gorleben im Spiel zu halten. Je nachdem, welche Bedeutung einem intakten Deckgebirge in einem vergleichenden Verfahren beigemessen würde, wäre Gorleben eben früher oder später raus bei der Endlagersuche – oder eben nicht.

► Zufall als Berater

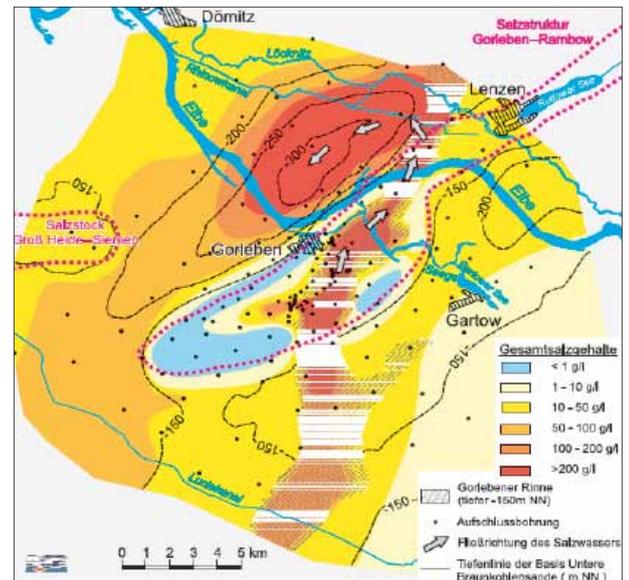
Hans Hagedorn, der heute als Partizipationsbeauftragter des Nationalen Begleitgremiums (NBG) arbeitet und selbst in der Endlagerkommission mitgewirkt hat, sagt aus heutiger Sicht dazu: „Ich bin oft verblüfft, wie sehr die Vorarbeiten des Gesetzgebers als unveränderlich hingenommen werden. Natürlich sind viele Paragraphen das Ergebnis intensiver Debatten und Kompromisse, aber ich weiß aus der Kommissionsarbeit, dass manche Regelungen einfach auf Zufällen basieren oder auf Annahmen, die sich heute ganz anders darstellen. Der Anspruch des lernenden Verfahrens muss auch für den Gesetzgeber gelten.“ Gerade weil in der Endlagerkommission an diesem sensiblen und entscheidenden Punkt der alte Streit um Gorleben am Schluss wieder aufbrach und man sich in eine nicht-öffentliche Nachtsitzung flüchtete, in der an Formulierungen politisch motiviert herumgefeilt wurde, pochen Atomkraftgegner jetzt auf eine faire

und transparente Entscheidung der BGE. Das fehlende Deckgebirge über dem Salzstock Gorleben-Rambow lässt sich nicht wegdiskutieren, dessen fundamentale Bedeutung für die „sichere Endlagerung“ sehr wohl. Bestärkt in ihren Ausführungen sieht sich die Anti-Atom-Szene durch den „Mainstream“ der Endlagerforschung. Die Wissenschaftlerin Melanie Mbah vom Öko-Institut habe in einer Studie 2016 noch einmal dargelegt, welche Vorkehrungen getroffen werden müssten, um den Schutz von Menschen und Umwelt im Kontext der Atommülllagerung zu gewährleisten. Schließlich gehe es um eine „sichere“ Endlagerung und einen „bestmöglichen“ Standort.

In ihrer Studie weist sie darauf hin, dass die notwendigen Maßnahmen deutlich mehr umfassen müssten, als ein „einschlusswirksamer Gebirgsbereich“ gewährleisten kann. Gefordert wird ein Multibarrierenkonzept: technisch/geotechnische („künstliche“) Barrieren und geologische („natürliche“) Barrieren: „Die wichtigste Barriere eines in tiefen geologischen Formationen angeordneten Entsorgungsbergwerkes gegenüber Radionuklidfreisetzung ist die geologische Barriere. Dazu gehören das Wirtsgestein mit dem einschlusswirksamen Gebirgsbereich, das Deckgebirge mit gering durchlässigen Formationen sowie die Entfernung zu oberflächennahen wasserführenden Schichten und das Schadstoffrückhaltevermögen, folglich die geohydraulische und geomechanische Gesamtsituation“.

► Ein, zwei, drei... geologische Abwägungskriterien

Es geht bei den Abwägungskriterien unter anderem um den möglichen Transport radioaktiver Stoffe durch die Grundwasserbewegung, die Absicherung des Isolationsvermögens des Lagergesteins, die Neigung zur Bildung von Fluidwegsamkeiten, die Gasbildung und das Vorhandensein von Gas. Es geht im Kern also nicht allein um den Schutz des einschlusswirksamen Gebirgs-



► **Verteilung der Salzgehalte im Grundwasser des Deckgebirges des Salzstocks Gorleben**

bereiches durch das Deckgebirge, sondern um das Zusammenwirken verschiedener Faktoren, die allesamt als Abwägungskriterien eine Rolle spielen.

Gesucht wird ein „günstiger“ Standort und schon lange ist klar, dass der Salzstock Gorleben-Rambow nicht unter diese Kategorie fällt.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Danzenberg erhebt darum erneut Forderungen: „Keine weitere Hinhaltetaktik! Unter den gegebenen gesetzlichen Voraussetzungen erwarten wir, dass zum Salzstock Gorleben-Rambow im dritten Quartal 2020 im Zwischenbericht der BGE umfassend und klar Stellung genommen wird und dass der Standort bei der Benennung der Teilgebiete unter Würdigung der Ausschluss- und Abwägungskriterien, vor allem in deren Interdependenz, herausfällt.“ Doch selbst wenn Gorleben im dritten Quartal 2020 aufgegeben würde, bliebe das Wendland unmittelbar betroffen: So könnten Salzstöcke in unmittelbarer Nachbarschaft wie im Raum Gülzsumme und in Waddekath in den Fokus der Endlagersuche geraten.

Auf der Suche nach einem sicheren Ort

Salz erscheint ungeeignet als Medium für die Endlagerung von Atommüll



Kriterien Stefan Wenzel war zu Zeiten des Neustarts der Endlagersuche grüner Umweltminister des Landes Niedersachsen. In einem Gastbeitrag für die *Gorleben Rundschau* bekräftigt er, dass Gorleben als Endlager-Standort ausscheiden muss.

Am 5. September 2017 erfolgte der offizielle Neustart für die Suche nach dem Ort mit der bestmöglichen Sicherheit zur Lagerung von hoch radioaktivem Atommüll. Seitdem hat die Atompolitik weniger Schlagzeilen gemacht als in den Jahrzehnten zuvor. Das könnte sich ändern, wenn die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihren ersten Zwischenbericht veröffentlicht. Deshalb sind der Zeitplan, die Kriterien und die Qualität der verwendeten Daten von großer Bedeutung für die Glaubwürdigkeit des weiteren Verfahrens.

► Geo-Daten lückenhaft

Die gesetzlichen Grundlagen liegen vor, aber das Geologiedatengesetz ist mit mehr als drei Jahren schwer in Verzug. Auch die Verordnungen zu Sicherheitsanforderungen und Sicherheitsuntersuchungen sind noch in der Beratung. Ihre Entwürfe brachten eine Vielzahl von neuen Rechtsbegriffen und waren teilweise weniger konkret als das Gesetz selbst, was dem Wesen einer Verordnung widerspricht. Das Geologiedatengesetz muss den umfassenden Zugang zu geologischen Daten regeln – sowohl zu Daten der Landesbergämter als auch zu Daten von privaten Eigentümern. Unklar ist bislang, welche Qualität die

Daten haben und für welche Gebiete bislang gar keine oder völlig unzureichende Daten vorliegen. Von großer Bedeutung ist beispielsweise die Anwendung des Ausschlusskriteriums „Einflüsse aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit“. Im Gesetz ist festgelegt, dass „Folgen von Maßnahmen zur Erkundung potenzieller Endlagerstandorte“ bei der Anwendung des Kriteriums außer Betracht bleiben. Aber gerade beim Bergwerk in Gorleben kommt es zur Nagelprobe. Hier ging es nicht um Erkundung, sondern um Bau. Das zeigen die frühen Akten eindeutig. Nach den negativen Ergebnissen der Probebohrungen wechselte man nur das Wording, aber das Ziel blieb. Den Entsorgungsvorsorgenachweis für laufenden Atomkraftwerke wollte man keinesfalls gefährden – auch nicht um den Preis der Rechtsbeugung.

► Medium Salz bleibt fraglich

Von Interesse ist zudem, wie die BGE mit Erkenntnissen umgehen will, die in einem Report zu „Deformation-assisted fluid percolation in rock salt“ am 27. November 2015 im *Science Magazine* erschienen und die Eignung von Salz grundsätzlich in Frage stellen. Die Veröffentlichung amerikanischer Wissenschaftler setzt sich

mit der Durchlässigkeit von Salzgestein auseinander, der sogenannten „Perkolation“. Die Abbildung aus dieser Veröffentlichung zeigt das Dilemma auf einen Blick (s. Abb. rechts).

Nach Ansicht der Autoren sind Flüssigkeiten in endlagerrelevanten Tiefen mobiler als bisher angenommen. Das Institut für Gebirgsmechanik GmbH (IFG) in Leipzig setzt sich im Zwischenbericht zu einer Studie mit der Forschungsarbeit auseinander und schreibt: „Ein direkter experimenteller Nachweis des Auftretens oder Ausbleibens von Perkolation in natürlichem Steinsalz unter endlagerrelevanten Druck- und Temperaturbedingungen wurde noch nicht erbracht“. Das ist ein erstaunlicher Satz, wenn man sich erinnert, dass das Mantra von „den Rissen im Salz, die sich alleine schließen“ jahrelang auf der Website der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) stand und den Eindruck erweckte, dass diese Fragen abschließend geklärt seien.

Nach der Lektüre der amerikanischen Arbeit und des IFG-Zwischenberichts muss man festhalten, dass die Eigenschaften von Salzgestein und die Frage von Wegsamkeiten für Gase und Flüssigkeiten sehr stark vom Vorhandensein bestimmter Mineralien, Drücke, Temperaturen und ther-

momechanischer Beanspruchungen abhängen. Durch den Temperatureintrag von hoch radioaktiven Abfällen kann es im Salzgestein demnach zu Hebungen an der Erdoberfläche, Integrationsverlust der Salinarbarriere, Gasfracks durch Druckanstieg, langsame druckgetriebene Perkolation, eine vertikale Rissausbreitung in Richtung Salzspiegel, Weitungsbau durch Gasausbrüche und CO₂-Gasbläser kommen. Den letzten Fall vom Oktober 2013 beschreibt das IFG in seiner Studie und vermutet in einem erstaunlichen Zitat: „Die Gebirgstemperatur in 900 m Teufe muss geringfügig über der kritischen Temperatur von 31° C [für eingeschlossenes superkritisches CO₂] gelegen haben“.

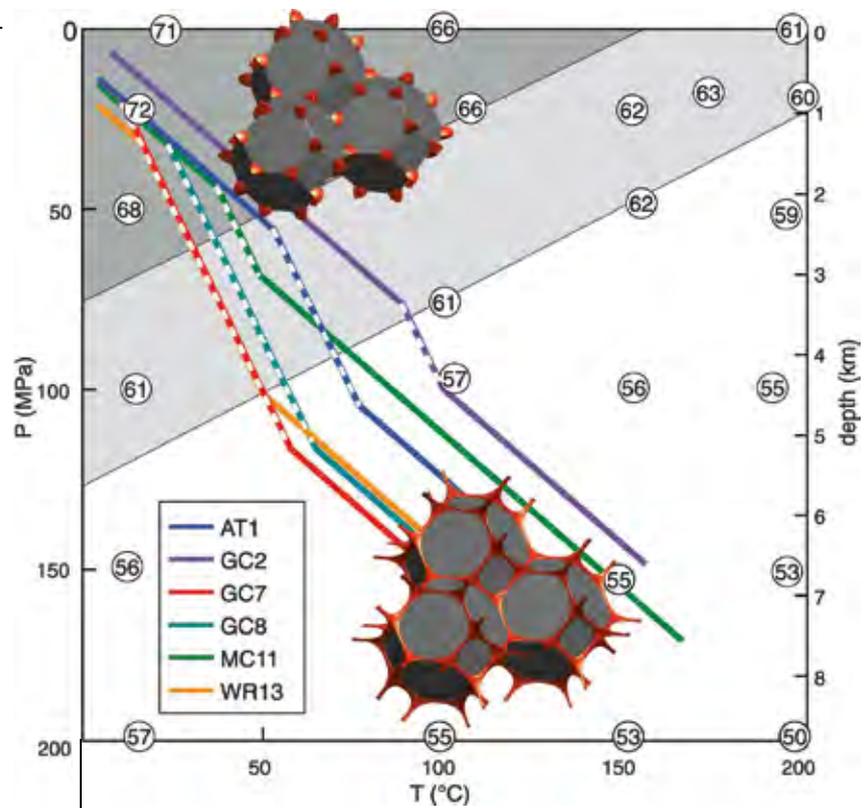
► Andere Länder andere Ergebnisse

Allein die amerikanische Studie und der IFG-Zwischenbericht zeigen, dass die Durchlässigkeit von Salzgestein von verschiedenen Faktoren abhängt und die Forschung lückenhaft ist. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die BGE in ihren Zwischenberichten das Kriterium zu Mindestanforderungen für Gebirgsdurchlässigkeit in Paragraf 23 StandAG anwenden will. Auch das Ausschlusskriterium „junges Wasser“ könnte berührt sein. Deshalb muss man nach aktuellem Stand von Wissenstand und Technik belastbar begründen, warum Salz möglicherweise im Spiel bleibt und warum andere Industrieländer Salz für hochradioaktive Abfälle ausgeschlossen haben.

► Temperatur-Streit

Im StandAG ist aufgrund des Standes von Wissenschaft und Technik in Paragraf 27 festgelegt worden: „Solange die maximalen physikalisch möglichen Temperaturen in den jeweiligen Wirtsgesteinen aufgrund ausstehender Forschungsarbeiten noch nicht festgelegt worden sind, wird aus Vorsorgegründen von einer Grenztemperatur von 100 Grad Celsius an der Außenfläche der Behälter ausgegangen.“

Aufgrund des Gesetzestextes, aber auch aufgrund der amerikanischen Forschungsarbeiten, ist es absolut unzulässig, wenn die BGE diese gesetzliche Grundlage versucht aufzuweichen und in einem Zwischenbericht formuliert: „Bei der im StandAG festgeschriebenen Grenztemperatur von 100 °C an der Außenfläche des Endlagerbehälters handelt es sich um ein vorsorgliches Auslegungsmerkmal und nicht um ein Kriterium oder eine Mindestanforderung für das Standortauswahlverfahren oder eine Sicherheitsanforderung für Endlager. Demnach stünde eine Abweichung auch nicht im Widerspruch zur Festlegung einheitlicher Bewertungskriterien und Mindestanforderungen für die Phasen des Standortauswahlverfahrens“. Bis zum Beweis des Gegenteils ist die 100-Grad-Grenze im laufenden Verfahren und seinen Teilschritten, bei der Konzeption, beim Behälterdesign und vielem anderen strikt einzuhalten. Das gilt auch für Verordnungen zu Sicherheitsanforderungen und Si-



Die Abbildung aus dem Bericht „Deformation-assisted fluid percolation in rock salt“ im Science Magazine zeigt die Durchlässigkeit von Salzgestein: Dunkelgrau: impermeabel; Grau: Übergangsbereich; Weiß: permeabel

cherheitsuntersuchungen, die zudem Sicherheitsabstände zu Grenztemperaturen und Grenzdrücken definieren müssen – beispielsweise auch in Bezug auf radiolytische Prozesse, Kritikalität, Wärmeintrag durch Tochternuklide und eine ganze Reihe weiterer Herausforderungen.

► Das Märchen vom Steinsalz

Die bislang vorliegenden Forschungsarbeiten lassen jedenfalls den Schluss zu, dass die alten Glaubenssätze nicht mehr gelten. Das Märchen vom vollkommen undurchlässigen Steinsalz für Gase und Flüssigkeiten ist nicht mehr haltbar – mit möglicherweise weit reichenden Konsequenzen. Jetzt rächt sich zudem, dass die Empfehlungen der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Neuordnung von Forschung und Wissenschaft bislang nur in Ansätzen umgesetzt wurden. Für die Glaubwürdigkeit des gesamten Prozesses ist ein wissenschaftsbasiertes Verfahren jedoch von elementarer Bedeutung.

Gasdruck – die Lücke im Gesetz?

Wurden Probleme für die Endlagerung von Atommüll übersehen?



Chemie Die Fachgruppe Radioaktivität der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg bemängelt, dass im Standortauswahlgesetz zwar auf die Probleme von Wegsamkeiten flüssiger Stoffe eingegangen, Veränderungen des Endlagers durch steigenden Gasdruck aber fast völlig außer Acht gelassen werden. Hinweise der Fachgruppe wurden von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) dankend aufgenommen. Sie bestellte darauf eine Expertise bei der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS).

Im Paragraf 23 des Standortauswahlgesetzes (StandAG) wird bei den Mindestanforderungen für den sicheren Einschluss der hochradioaktiven Abfälle auf die Gebirgsdurchlässigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereiches (ewG) abgehoben. Nur wenige Zeilen später wird allerdings klar, dass es allein um den Transport von Radioaktivität durch das Grundwasser geht, wenn von der „Neigung zur Bildung von Fluidwegsamkeiten“ die Rede ist.

► Gas durch Korrosion

Zwar wird im weiteren Verlauf des Gesetzestexts (§ 24 StandAG) auch von Problemen mit Gasbildung infolge von Korrosion und Oxidation durch Wasserkontakt der metallischen Atommüllbehälter gesprochen. Das ist in der Tat ein gewichtiges Problem beim sicheren Einschluss, zumal hier neue wissenschaftliche Erkenntnisse von Bedeutung sind, die bei der Ausformulierung des

StandAG noch keine Berücksichtigung erfahren konnten: Behälter für hochradioaktiven Atommüll sind offenbar weniger haltbar als erhofft, wie ein Experiment kürzlich gezeigt hat. Demnach führt die Kombination von in Glas oder Keramik eingegossenem Abfall mit dem umhüllenden Stahlbehälter zu einer stark beschleunigten Korrosion. Eine Berücksichtigung dieses neuen Wissensstands im Paragraf 24 StandAG erscheint darum dringend angeraten.

► Helium entsteht

Gar nicht im Gesetz benannt wird jedoch die Bildung von Gasdruck durch das stabile Helium. Das Element entsteht durch Elektroneneinfang von Alpha-Teilchen beim radioaktiven Zerfall. Helium besitzt den stabilsten Kern aller Atome. Und es verschwindet nicht einfach, da es als Edelgas, anders als zum Beispiel Wasserstoff, nicht mit anderen Elementen re-

agiert. Es wird also bislang völlig verkannt, dass auch ein steigender Heliumpartialdruck ein Problem bei der Endlagerung darstellen kann und zur Gasentwicklung aus Korrosion und Oxidation sowie zum steigenden Wasserdruck hinzukommen könnte.

► Experten bezweifeln

Unumstritten ist diese These allerdings nicht. So schreibt Christian Küppers, stellvertretender Bereichsleiter für Nukleartechnik und Anlagensicherheit beim Öko-Institut Darmstadt: „[Kritiker gehen] davon aus, dass das H-4 (Helium, *Anm. d. Red.*) ins Endlager freigesetzt wird und bei offenem Endlager über das Abwetter austritt. Alpha-Partikel treten aber aus der Brennstoffkeramik erst einmal nicht aus, sondern führen nur zu deren Erwärmung. Das gebildete H-4 sitzt dann ebenfalls in der Keramik, ohne dass sich dadurch ein Druckaufbau ergibt.“ Michael Sailer, Diplom-Ingeni-

eur für Technische Chemie und anerkannter Nuklearexperte, ergänzt: „Christian Küppers weist darauf hin, dass sich das bei den Alpha-Zerfällen entstehende He-4 zunächst praktisch vollständig in der Brennstoffmatrix fängt. Für den Druckaufbau außerhalb des Lagerbehälters ist aber nur der Anteil des He-4 relevant, der sich auf dem Weg ‚Matrix – Gasraum des Brennstabes – Gasraum des Behälters – außerhalb des Behälters‘ in das Wirtsgestein vorgearbeitet hat. Aus meiner Sicht kommt es ohne Berücksichtigung dieses Effektes zu einer starken Überschätzung des potenziellen Druckaufbaus. Ich halte es für sinnvoll, dass diese Mechanismen in einer Untersuchung näher betrachtet werden. Dabei ist es auch wichtig, den zeitlichen Verlauf der Bildung dieses He-4 genauer anzusehen, insbesondere was davon wann in den ersten Millionen Jahren nach Verschluss des Endlagers gebildet wird.“

► Bürger fordern

Die These, dass das Helium im Kristallgitter der sich zersetzenden Brennelemente eingesperrt wird, halten Experten der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg jedoch für eine bisher unbewiesene Behauptung. He-4 ist sehr mobil und wird zur Leck-Suche in Rohrleitungen verwendet, weil es durch die kleinsten Ritzen und Porositäten in schlechten Schweißnähten in hohen Raten diffundiert.

Gegen den sicheren Einschluss von Helium spreche auch, dass das Element in die oberen Schichten der Geosphäre aufsteigt und beispielsweise im Erdgas gefördert wird, wenn es im äußeren Erdkern oder im unteren Mantel unter hydrostatischen Druckverhältnissen beim natürlichen radioaktiven Zerfall gebildet wird. Die Experten der BI fordern nun eine Überarbeitung des Paragraphen 24 des StandAG und eine Aufnahme der Gasdruck-Problematik in die Sicherheitsbestimmungen des Bundesumweltministeriums (BMU) und in die künftigen Sicherheitsuntersuchungen potenzieller Endlager-Standorte.

Behörden | Kommissionen | Institutionen

BGE – Die **Bundesgesellschaft für Endlagerung** ist designierter Vorhabenträger und Betreiber von Endlagern für radioaktive Abfälle. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).

BGR – Die **Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe** ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums und fungiert als zentrale geowissenschaftliche Beratungseinrichtung. Die BGR ist auch als Forschungsinstitut tätig und bearbeitet u.a. die Geologie der kontinentalen, marinen und Energierohstoffe sowie der Bodenkunde.

BMU – Das **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** ist eine oberste Bundesbehörde. Sein Hauptsitz befindet sich in Bonn, sein zweiter Dienstsitz in Berlin.

Endlagerkommission – Die Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ war eine deutsche Bund-Länder-Kommission von 2014 bis 2016, die Empfehlungen zur Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe abgegeben hat. Ihre Aufgabe war es, das Standortauswahlverfahren vorzubereiten.

GRS – Die **Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit** gGmbH ist eine technisch-wissenschaftliche Forschungs- und Sachverständigenorganisation mit mehr als 350 Wissenschaftlern. Sie bewertet die Sicherheit technischer Anlagen.

NBG – Das **Nationale Begleitgremium** ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium, das die Endlagersuche vermittelnd begleiten soll.

PTB – Die **Physikalisch Technische Bundesanstalt** ist das nationale Metrologieinstitut mit wissenschaftlich-technischen Dienstleistungsaufgaben im Bereich des präzisen Messens.

Geologie | Chemie | Physik | Hydrologie

Barriere – So wird eine natürliche oder technische Komponente des Endlagersystems bezeichnet, die den Transport von Radionukliden oder anderen Stoffen in die Biosphäre ganz oder teilweise verhindert bzw. verzögert.

Deckgebirge – Darunter werden entsprechend den „Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle, Stand 30.09.2010“ die den ► *einschlusswirksamen Gebirgsbereich* überlagernden Gesteinsserien verstanden.

ewG – Der **einschlusswirksame Gebirgsbereich** ist der Teil des Endlagersystems, der im Zusammenwirken mit den geotechnischen Verschlüssen (Schachtverschlüsse, Kammerabschlussbauwerke, Dammbauwerke, Versatz etc.) den Einschluss der atomaren Abfälle sicherstellen soll.

Kritikalität – Zustand einer sich selbst erhaltenden Kettenreaktion, d. h. die Neutronenproduktionsrate ist gleich oder größer als die Neutronenverlustrate.

Partialdruck – Teildruck einer einzelnen Komponente in einem Gasgemisch.

Perkolation – Gebräuchlich ist dieser Begriff vor allem in der Hydrologie, wo er das den Boden durchsickernde Wasser umfasst

Tochter nuklid – Eine Zerfallsreihe im allgemeinen Sinn ist die Abfolge der nacheinander entstehenden Produkte eines radioaktiven Zerfalls. Sie bildet sich, indem ein Radionuklid sich in ein anderes, dieses in ein drittes umwandelt usw. („zerfällt“). Das zuerst entstehende Nuklid wird Tochter nuklid genannt, das dem Tochter nuklid folgende Enkel nuklid, das dem Enkel nuklid folgende Urenkel nuklid usw.

Soziale Aspekte der Endlagersuche

Wie kann die Atommüll-Entsorgung aus soziotechnischer Perspektive begleitet werden?



Soziologie Der Umgang mit hochradioaktiven Abfällen ist nicht nur eine Sache des Vertrauens in die richtige Technologie und er wird auch nicht allein von technischen Sachzwängen bestimmt. Auch soziale Erwartungen und die Expertise von außerhalb der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen engagierten Menschen müssen berücksichtigt werden. Von Dörte Themann und Achim Brunnengräber vom Forschungszentrum für Umweltpolitik an der FU Berlin

Bei der Entwicklung von Maßnahmen zum Umgang mit den soziotechnischen Herausforderungen bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle wird deshalb eine neue Qualität politischer Prozessgestaltung benötigt. Die wechselseitige Abhängigkeit von Entscheidungsschritten von der Zwischen- zur Endlagerung ist dabei ebenso zu berücksichtigen wie die Vielzahl der Akteure, die sich mit ihren Interessen und Kompetenzen in diesen Prozess einbringen. In Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit zeigen sich jeweils unterschiedliche Vorstellungen, wie diese Prozesse gestaltet werden sollen.

► Viele Akteure beteiligt

Hier setzte das Forschungsvorhabens SOTEC-radio an. Der Titel steht für „Konzepte und Maßnahmen zum Umgang mit soziotechnischen Herausforderungen bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle“. Das Projekt wurde vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) von 2017 bis 2020 gefördert. Dabei handelt es sich um ein Verbundprojekt unter der Koordination des Öko-Instituts. Weiterhin sind das Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin und das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) daran beteiligt.

Bei der Abschlusskonferenz des Vorhabens am 11. und 12. Februar 2020 im Harnack-Haus in Berlin wurden erste und noch vorläufige „Handlungsempfehlungen für die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle aus soziotechnischer Perspektive“ vorgetragen und zur Diskussion gestellt. Dabei wurde der Blick auf bestehende Pfadentwicklungen, die Rolle von Expert/-innendissensen, Reversibilität, lernendes Verfahren sowie Langzeit-Governance gelegt. Zu diesen fünf Grundthemen der Konferenz entwickelten sich tiefgehende Diskussionen zwischen den Teilnehmer/-innen.

► Richtungswechsel durch Erschütterungen

Ein wichtiges Thema im Zusammenhang mit der Endlagerung sind die bestehenden Pfadabhängigkeiten und wie diese teilweise in die Zukunft fortgeschrieben werden. Hervorgehoben wurden die sogenannten *critical junctures*, also einschneidende Ereignisse, sogenannte Erschütterungen, infolgedessen sich die entscheidenden Akteure für eine bestimmte Pfadänderung entscheiden. Wie ein bereits stark institutionalisierter Pfad auch wieder verlassen werden kann, war ebenso ein wichtiges Thema. Eine sehr präzente Diskussion der Konferenz war die Rolle von Wissenschaft und Expertentum

im Verfahren. So merkte Miranda Schreurs von der TU München an, dass sie den Eindruck habe, dass die Sicht der Wissenschaft auf den Prozess nicht genug gehört werde. Gleichzeitig monierte sie, dass die Wissenschaft auch selber stärker an ihrer Kommunikation arbeiten müsse und ihre Ergebnisse transparenter darstellen sollte.

► Dissense meistern

Kernfrage, die sich auch durch spätere Diskussionen des Tages zog, war das identifizierte Dilemma zwischen dem Aufbau von Vertrauen in den Prozess bei gleichzeitig auftretenden (wissenschaftlichen) Kontroversen. Das SOTEC-radio-Team hat hier Einsichten sowohl aus der bestehenden Literatur als auch der empirischen Analyse von Fällen bereitgestellt, welche Rolle Expert/-innen und deren Dissense für politische Entscheidungsprozesse einnehmen. Wesentliche Aussagen waren hier, dass erstens der Begriff der/s Expert/-innen nicht zu eng gefasst werden sollte, weil viele Menschen verschiedener Akteursgruppen sich erhebliches Sonderwissen angeeignet hätten. Deren Perspektiven auf den Prozess gelte es fruchtbar zu nutzen. Damit Auseinandersetzungen aber nicht Unsicherheit und Misstrauen schüren, müssten die Dissense in die „richtigen Are-

nen“ eingebracht, moderiert und transparent aufbereitet werden. Insgesamt aber, und dies war an die Entscheidungsträger im Verfahren gerichtet, sei das wichtig, was Ulrich Beck als institutionelle Gegenexpertise bezeichnete, nämlich Gegenexpertise aktiv einzufordern und in den Prozess (selbst-)kritisch aufzunehmen. Bereits am Abend zuvor machte Armin Grunwald vom ITAS Karlsruhe bei seiner Keynote auf die Tatsache aufmerksam, dass Kritik für ein solches Verfahren ein wertvolles Gut darstelle. Sie sei notwendig, um neue Perspektiven auf das Problem zu gewinnen und das wichtige „Denken in Alternativen“ lebendig zu halten und Betriebsblindheit vorzubeugen. So solle auch die Wissenschaft ihre eigene Rolle dahingehend verstehen, die Politik im positiven Sinne zu irritieren.

► **Kein lineares Verfahren**

Auch die weitere Klärung des Konzeptes der Reversibilität und ihre Bedeutung im Verfahren wurde diskutiert. Vor allem die Definition von konkreten Haltepunkten im Verfahren wurde als Notwendigkeit herausgestellt, wenn der Begriff ernst gemeint sein soll. Hierzu zählt grundlegend auch, das Verfahren nicht als linear zu begreifen und den zumutbaren Rahmen des Umsteuerns zu definieren. Daneben machten die Wissenschaftler/-innen aus dem SOTEC-radio-Projekt auch auf die Möglichkeiten des Lernens von anderen Großinfrastrukturprojekten aufmerksam, wie etwa Talsperren, Schienenverkehr oder Climate-Engineering.

Aus der Zivilgesellschaft kamen wichtige und kritische Fragen hinsichtlich der Rolle der Wissenschaft auf, etwa wenn Jochen Stay von „ausgestrahlt“ fragte, wie konfliktbereit Wissenschaftler/-innen wirklich seien, wenn es um die Verteidigung besserer Optionen in der Endlagerfrage gehe. In der Abschlusspublikation von SOTEC-radio – einem Sammelband, der in Vorbereitung ist – werden solche Überlegungen aus der Konferenz aufgegriffen und vertieft.

Kriterien | Anforderungen | Bestimmungen | Untersuchungen

Sicherheitsanforderungen – Sie konkretisieren den Stand von Wissenschaft und Technik, der bei Errichtung, Betrieb und Verschluss eines Endlagers für wärmeentwickelnde Abfälle einzuhalten und von der jeweiligen Genehmigungsbehörde zu prüfen ist. Sie sollen der Maßstab für die Sicherheit eines Endlagers sein

Sicherheitsbestimmungen – siehe Sicherheitsanforderungen

Sicherheitsuntersuchungen – Auf der Grundlage der Erkundungsergebnisse macht die ►BGE in jeder der drei Phasen der Endlagersuche vorläufige Sicherheitsuntersuchungen und wendet die Anforderungen und Kriterien auf die zu untersuchenden ►Teilgebiete, ►Standortregionen bzw. ►Standorte an

Ausschlusskriterien – Gebiete, die großräumigen Vertikalbewegungen und Einflüsse aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit unterliegen oder Regionen mit aktiven Störungszonen, seismischer oder vulkanischer Aktivität oder in denen junges Grundwasser vorkommen, werden ausgeschlossen

Mindestanforderungen – Damit Regionen als Standort für die Lagerung des hochradioaktiven Abfalls in Frage kommen können müssen folgende Mindestanforderungen gelten: Die Gebirgsdurchlässigkeit muss gering sein, dies soll gewährleistet sein, dass kein Wasser eindringt. Die Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 100 Meter betragen. Die minimale Teufe des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 300 Meter unter der Erde liegen. Die Fläche muss ausreichend groß für ein Endlager sein. Und schließlich muss die Barrierewirkung erhalten sein

Abwägungskriterien – Die Abwägungskriterien beziehen sich zum einen auf geowissenschaftliche und zum anderen auf planungswissenschaftliche Kriterien. Anhand der geowissenschaftlichen Kriterien sollen die Standorte vergleichend beurteilt und festgestellt werden, ob eine geologisch günstige Gesamtsituation für ein Atommüll-Lager vorliegt. Bei den planungswissenschaftlichen Kriterien werden Faktoren wie Abstand zur Wohnbebauung, Emissionen, Überschwemmungsgebiete, Kulturgüter oder Bodenschätze einbezogen

Gesetze | Verordnungen

Entsorgungsvorsorgenachweis – 1976 wurde festgeschrieben, dass die AKW-Betreiber die Pflicht haben, für die „schadlose Verwertung“ oder die „geordnete Beseitigung“ radioaktiver Abfälle zu sorgen. Ihr konnte u. a. durch den Nachweis von Fortschritten bei der Errichtung eines Nuklearen Entsorgungszentrums nachgekommen werden, wozu vor allem die „Erkundung“ der Gebiete gehörte

Geologiedatengesetz (GeolDG) – Das neue Gesetz soll das bisherige Lagerstätten-gesetz ablösen und die Voraussetzung für die geologische Landesaufnahme sowie für die Übermittlung und Sicherung geologischer Daten schaffen

Standortauswahlgesetz (StandAG) – Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle Das StandAG verwendet für das Auswahlverfahren drei unterschiedliche Begriffe: Dabei stehen > Gebiete > Regionen > Orte für ein räumlich einengendes Auswahlverfahren.

Teilgebiete – für den ersten Schritt, für die Endlagerung ungeeignete und geeignete Gebiete zu identifizieren (§13 StandAG)

Standortregionen – für den zweiten Schritt, in den Teilgebieten einzelne kleinere Räume übertägig zu erkunden (§15)

Standorte – die untertägig erkundet werden sollen (§16)

Bayern bleibt wohl im Rennen ◀

Am 11. Februar meldete die Süddeutsche Zeitung: „Ende September veröffentlicht die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), die mit der Standortsuche beauftragt ist, ihren ‚Zwischenbericht Teilgebiete‘.

Einem Insider zufolge will die BGE offenbar auch Regionen in Bayern als mögliche Standorte nennen, von denen bisher keiner dachte, dass sie in Frage kommen könnten. Der Bericht wird große Aufregung hervorrufen, sagt ein Insider, der anonym bleiben will. Der Grund seiner Einschätzung: Die BGE will offenbar nicht nur alle bayerischen Gebiete als mögliche Standorte benennen, die wie der Bayerische Wald oder das Fichtelgebirge schon bisher immer wieder in der Diskussion aufgetaucht sind. Sondern auch Regionen, von denen bisher keiner dachte, dass sie in Frage kommen könnten.“



Trockenheit versus Verdünnungsprinzip

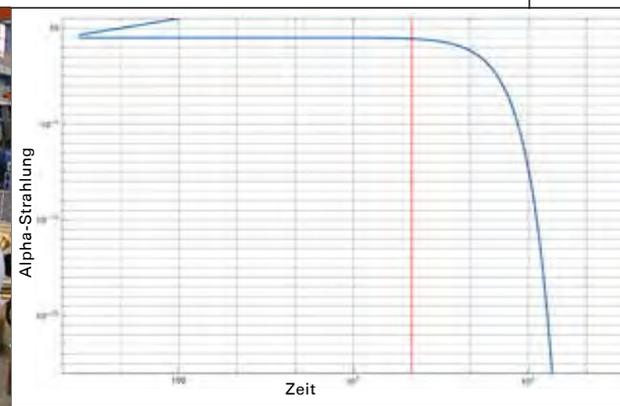
Als in der Bundesrepublik Deutschland Anfang der 1960er-Jahre über den Bau von Atomkraftwerken diskutiert wurde, erklärte der Bundestagsabgeordnete Karl Bechert (SPD): „Ich bin der Ansicht, dass der Atomfriedhof für die Bundesrepublik möglichst tief in die Erde in nicht wasserführende Schichten gelegt werden muss. Tiefliegende geologische Salzlager sind dazu durchaus geeignet, denn wo sich Salz hält, da ist kein Wasser.“ Der damals zuständige Bundesminister Siegfried Balke (CSU) erklärte in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 24. Januar 1962, „... dass in etwa fünf Jahren an die Einlagerung in geeignete Erdschichten (...), zum Beispiel tiefgelagerte Salzschieben“ gedacht sei.

War über Jahrzehnte gerade die Trockenheit von Salz als besonders wichtiges Kriterium benannt worden, hob der Fachbereichsleiter im Bundesamt für Strahlenforschung (BfS), Prof. Dr. Helmut Röthemeyer, während einer Tagung in der evangelischen Akademie Loccum im Jahr 2000 die hohe Bedeutung der Verdünnung hervor: „Verdünnungsprozesse sind für die langfristige Einhaltung auf den Menschen bezogener Schutzziele (Dosis, Risiko) unverzichtbar.“ Standortspezifisch auf die Standorte Yucca Mountain in den USA und auf Gorleben erklärte Röthemeyer: „Bei diesen Standorten kommt es zu Schutzzielüberschreitungen, wenn keine ausreichend hohen Verdünnungsprozesse unterstellt werden oder unterstellt werden können.“ Gerade die Deckgebirgssituation in Gorleben führe „zu einer hohen Verdünnung im Fall einer auch störfallbedingten Schadstofffreisetzung“.

In diesem Zusammenhang räumt Röthemeyer ein: „Die BGR hat jedoch 1995 in dem Bericht ‚Endlagerung stark wärmentwickelnder radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen Deutschlands‘ neue Kriterien veröffentlicht, die zu einer überwiegend negativen Bewertung der Deckgebirgssituation am Standort Gorleben führen.“

Eine Million Jahre ist zu wenig ◀

In einem Vortrag zu den Verordnungsentwürfen im Rahmen der Standortsuche für ein Endlager hochradioaktiver Abfälle hat der Geologe Dr. Peter Klamser kürzlich den oft zitierten Lagerzeitraum für Atommüll von einer Million Jahre hinterfragt. Während eines Symposiums im Bundesumweltministerium wies er darauf hin, dass im Standortauswahlgesetz die Anforderung formuliert sei, „dass die technischen und geotechnischen Barrieren den sicheren Einschluss der Radionuklide für eine Million Jahre gewährleisten können.“ In einer Anlage zum StandAG sei allerdings ausgeführt, dass die Zeitspannen, über die sich die Betrachtungsmerkmale „Mächtigkeit“, flächenhafte beziehungsweise räumliche „Ausdehnung“ und „Gebirgsdurchlässigkeit“ des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs nicht wesentlich verändert haben dürfen, den Schluss zuließen, dass der Gesetzgeber es als ausreichend erachtet, wenn nur bedingt günstige oder fast ungünstige Verhältnisse prognostiziert werden. So sollen in potenziellen Endlagerregionen Verhältnisse als „günstig“ beurteilt werden, wenn dort seit mehr als zehn Millionen Jahren keine wesentliche Änderung des betreffenden Merkmals aufgetreten ist. Immer noch als „bedingt günstig“ würden Orte eingestuft, wenn seit mehr als einer Million, aber weniger als zehn Millionen Jahren keine solche Änderung aufgetreten ist. Als explizit „ungünstig“ würde kategorisiert werden, wenn Veränderungen innerhalb der letzten eine Million Jahre aufgetreten sind. Klamser wies in seinem Vortrag darauf hin, dass selbst nach einer Million Jahre keine signifikante Abnahme der Aktivität des radioaktiven Inventars stattgefunden haben wird, sondern dann gerade erst begänne. Denn das in Reaktoren entstehende Plutonium 241 zerfällt zwar mit einer Halbwertszeit (HWZ) von 13 Jahren zu Americium, das seinerseits mit einer HWZ von 460 Jahren zu Neptunium zerfällt. Die HWZ von Neptunium beträgt aber 2,2 Millionen Jahre. Nach einer Million Jahren seien so also noch über 70 Prozent des Neptuniums vorhanden und damit das Potenzial zu weiteren sieben Alphastrahlenquellen. Um Unschädlichkeit eines Atommülllagers herzustellen, seien, so Klamser, eher 10 oder gar 100 Millionen Jahre erforderlich.

**Atommüllbehälter korrodieren schneller als angenommen**

Geplante Behälter für hochradioaktiven Atommüll sind offenbar weniger haltbar als erhofft, wie ein Experiment enthüllt. Demnach führt die Kombination von in Glas oder Keramik eingegossenem Abfall mit dem umhüllenden Stahlbehälter zu einer stark beschleunigten Korrosion. Als Folge wird der Atommüll-Behälter schneller durchlässig als es bisherige Modelle vorsehen, wie die Forscher im Fachmagazin „Nature Materials“ berichten.

Bisherige Pläne sehen vor, den Atommüll zunächst mit Glas- oder Keramikzusätzen zu verschmelzen und diese feste Masse in Metallbehältern einzuschließen. Das Problem jedoch: Vor allem in Gegenwart von Wasser können die Metallbehälter korrodieren. Chemische Reaktionen lösen dabei das Metall nach und nach auf und erzeugen so Löcher in der Behälterhülle. Dadurch könnten die Behälter schon nach 1000 bis maximal 10000 Jahren undicht werden – das ist weit kürzer als die Halbwertszeit vieler hochradioaktiver Nuklide.

Doch in künftigen Endlagern könnten Atommüll-Behälter sogar noch weit früher durchlässig werden, wie nun Forscher um Xiaolei Guo von der Ohio State University herausgefunden haben. Sie haben in Experimenten untersucht, wie der Kontakt der für die Atommüll-Lagerung geplanten Glas- und Keramikmaterialien mit den Stahlhüllen der Behälter die Korrosion der Materialien beeinflusst.

Das Ergebnis: Schon nach relativ kurzer Zeit setzte eine Korrosion der Materialien ein. Diese fiel jedoch bei den simulierten Atommüllbehältern deutlich stärker aus als für die einzelnen Materialien typisch: „Wenn Edelstahl in engem Kontakt zum Standardglas korrodiert, tritt entlang der Kontaktfläche eine schwere lokalisierte Korrosion auf“, berichten Guo und sein Team. Sogar kleine Risse beobachteten sie an den Kontaktstellen des Glases mit dem Metall.



Literatur Der Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Wolfgang Ehmke, hat seinen ersten Roman „Tanz den SuperGAU“ aus dem Jahr 1987 vollständig überarbeitet. Die Neuauflage ist gerade erschienen. Das Buch ist eine Grotteske, in der die politischen Turbulenzen nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erzählt werden. Im Nachwort der Neuauflage schildert der Autor, wie es zu dem Unfall kam, welche Folgen der GAU für die deutsche Atomwirtschaft hatte und welchen literarischen Niederschlag er fand. Gelüftet wird auch das Geheimnis, welche realen Akteure sich hinter den Romanfiguren verbergen. Wir drucken Auszüge des Epilogs – mit freundlicher Genehmigung des Lüchower Köhring-Verlags.

► Der Unfall

Es passierte, was eigentlich nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit nicht passieren durfte: Der Super-GAU. Der Super-GAU in Tschernobyl am 26. April 1986 steht für die größte Katastrophe in der Geschichte der Atomenergie-Nutzung. In dem damals sowjetischen Atomkraftwerk war der Reaktor Block 4 explodiert. Das nukleare Feuer konnte erst am 6. Mai gelöscht werden und der aufgewirbelte radioaktive Staub verbreitete sich in ganz Europa. Auslöser war ein „menschliches Versagen“. In Block 4 des recht modernen Kraftwerkskomplexes sollte getestet werden, ob bei einem Stromausfall und bei der Abschaltung des Reaktors die Rotationsenergie der Turbinen ausreicht, um Strom für die Kühlwasserpumpen zu liefern, solange bis die Notstromaggregate angelaufen wären. Der Testbeginn war um 13 Uhr. Die Reaktorleistung wurde reduziert, das Notkühlsystem entsprechend der Testprozedur ausgeschaltet. Doch als aus Kiew Strom angefordert wird, muss der Test unterbrochen werden. Die Notkühlsysteme blie-

ben schon mal ausgeschaltet. Kurz nach 23 Uhr beginnt der Test erneut. Was danach passiert, ist Gegenstand vieler Untersuchungen und Berichte. Die WDR-Sendereihe Planet Wissen protokolliert: „Die Techniker schlossen die Sicherheitsventile der Turbinen und verringerten damit die Wasserzufuhr im Reaktor. Innerhalb von Sekunden stieg die Reaktorleistung rapide an. Der Schichtleiter versuchte eine Notabschaltung – ohne Erfolg. Die Leistung stieg weiter – auf das geschätzte 100-fache der Nennleistung des Reaktors.“

Um den Reaktor zu bremsen, hätte die Mannschaft die Regelstäbe wieder komplett in den Reaktorkern einfahren müssen, und zwar innerhalb von 18 bis 20 Sekunden. „So viel Zeit blieb der Mannschaft nicht mehr. Der Druck, der sich im Reaktor durch das aufgeheizte und verdampfende Wasser aufgebaut hatte, war bereits zu hoch. Durch die extremen Temperaturen hatten sich die Stäbe verbogen und passten nicht mehr in die vorgesehenen Einschublöcher.“ Es kam zu einer ersten Explosion, dabei wurden Teile des Reaktors und des 64 Meter hohen Reaktor-

gebäudes zerstört und der Grafitmantel des Reaktors begann zu brennen. Radioaktives Material wurde in die Atmosphäre geschleudert. Wenige Sekunden nach der ersten Explosion kam es zu einer zweiten Detonation. Das Feuer griff auf das Dach von Block 3 über. Der Qualm pustete Unmengen radioaktives Material in die Atmosphäre.

Dieser Unfall ging – wie man so schön sagt – auf „menschliches Versagen“ zurück, aber es war kein persönliches, eher ein kollektives Versagen, denn hier handelten Menschen in einer „Weisungskette“. Zugleich offenbarte er einen furchtbaren Konstruktionsfehler des Meilers. Die Spitzen der Steuerstäbe bestanden nämlich aus Graphitstangen – die sollten normalerweise die Neutronenbilanz verbessern, solange der Reaktor unter Vollast lief. Sie lösten jetzt aber eine kurzfristige Anheizung der Kettenreaktion aus. Die Notbremse wird so zum Gaspedal, fasste der Wissenschaftsjournalist Karl-Heinz Karisch in seinem Protokoll der Atomkatastrophe die tragische Verkettung von menschlichem und technischem Versagen zusammen.

Tanz den SuperGAU

Noch während des Brandes schickte die sowjetische Regierung sogenannte „Liquidatoren“ zu Aufräumarbeiten auf das Gelände. Um das nukleare Feuer unter Kontrolle zu bringen, wurden aus Hubschraubern Blei, Sand, Lehm, Dolomit und Borkarbid in den Reaktor geworfen. Der gegenteilige Effekt trat ein: Die Temperatur stieg. Selbst in 200 Metern Höhe herrschten bis zu 180 Grad Celsius. Die radioaktive Strahlung dort war so hoch, dass sie nicht mehr gemessen werden konnte... Nach zehn Tagen gelingt es schließlich, Stickstoff in das Reaktorgebäude zu blasen. Erst am 6. Mai ist der Brand gelöscht und die Freisetzung von radioaktiven Stoffen in die Atmosphäre gestoppt. Doch die UdSSR gibt keinerlei Warnung heraus. Erst zwei Tage später, als die radioaktive Wolke in Schweden ankommt und zunächst ein Störfall im Atomkraftwerk Forsmark, nördlich von Stockholm, vermutet wird, keimt der Verdacht, es könne andersorts einen Unfall gegeben haben. Jetzt erst verbreitet die staatliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine Kurzmeldung zu einem Unfall in Tschernobyl. Einen Tag später erreicht die radioaktive Wolke auch Deutschland. Ende April: es war früh sommerlich warm, es gab die ersten Wärmegewitter- und radioaktiver Regen ging über das Land. Spielplätze und Sandkästen sind fortan ver-

waist, Kühe stehen im Stall, frischer kontaminierter Salat wird umgepflügt, Mütter (und Väter) gegen Atomkraft werden aktiv und treiben säckeweise Milchpulver für die Kleinen auf, bevor es auch verstrahlt sein würde. Gemüse und Fisch in Konserven wird gehortet und wer es sich in gut betuchten alternativen Kreisen leisten kann, fliegt für ein paar Wochen nach Gomera.

Im Herbst blieben Pilze unberührt, stattdessen kursierten Listen mit belasteten Lebensmitteln. Becquerel wird die neue Maßeinheit. 600 Becquerel sei zulässig, hieß es von Seiten der Behörden, die „Becquerellis“ machten ernst mit dem persönlichen Strahlenschutz und langten erst ab unter 60 zu. Noch ein Jahr später gab sich der bayrische Umweltminister Alfred Dick furchtlos, rührte vor laufenden Kameras in inzwischen auch verstrahltem Molkepulver, tunkte seinen Finger hinein, leckte dran und sprach: Des tut mir nix.

► Das Atomprogramm gerät ins Wanken

Die Nachrichten über die Havarie und die radioaktive Wolke, die weite Teile Europas kontaminierte, brachte deutsche Politiker industriepolitisch in arge Bedrängnis. Das Atomprogramm stand auf dem Spiel. Lange Zeit war unklar, ob oder in welchem Ausmaß die Bundesrepublik in die

Nutzung der Atomkraft zur Energieerzeugung einsteigen sollte. 1956 hatte Atomminister Franz-Josef Strauß erstmalig einen Gesetzentwurf zur „Erzeugung und Nutzung der Kernenergie“ vorgestellt. Es folgte 1957 das Eltviller Programm: Ziele waren eine bundesdeutsche Brennstoff-Autarkie, die Bevorzugung von Natururan-Reaktoren und die Priorität der Plutonium-Produktion vor der Stromerzeugung. Ganz deutlich wurde, dass die nukleare Teilhabe, der Zugriff auf den Bombenstoff Plutonium im Schatten der Stromerzeugung, die politische Triebfeder der Politik war. Gleichzeitig kamen andere ins Schwärmen. So Professor Wolf Häfele, einer der Missionare für Atomkraft, er legte das Szenario für eine Energiepolitik der Zukunft vor, eine 850 Seiten starke Verheißung *Energy in a Finite World*. Da wurden Strommengen nicht mehr in kW, MW oder GW, sondern in TW (Terawatt) gemessen. Zur Deckung des Weltenergiebedarfs bis zum Jahr 2030, so malte sich Häfele das aus, müssten 5000 Atomkraftwerke vom Typ Biblis A in Betrieb sein, jährlich müssten 100 Reaktoren hinzugebaut werden. Hinzu kämen 50 Brennelementfabriken, 50 Wiederaufarbeitungsanlagen, 50 Endlager. Doch die Energiewirtschaft sträubte sich, denn man verfügte in der Bundesrepublik über reichlich Kohle. Ausgerechnet



RWE, der größte deutsche Energieproduzent, war bis in die späten 1960er Jahre zum Ärger des Bonner Forschungsministeriums die stärkste Bremskraft, wusste Joachim Radkau in seinem Standardwerk *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft* zu berichten.

Erst mit der Verabschiedung des 3. Atomprogramms 1986 wurde die Atomkraftnutzung zum offiziellen Programm der Bundesregierung erhoben. Im Tschernobyl-Jahr waren in der BRD sieben Atommeiler in Bau, an weitere Bauten war in diesem politischen Klima nicht mehr zu denken. In Wyhl, Brokdorf und Grohnde gab es massive Anti-Atom-Proteste, in Gorleben und Wackersdorf wurde gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) demonstriert.

Bereits der Störfall im US-amerikanischen Atomkraftwerk Three Miles Island (Harrisburg) am 28. März 1979 hatte die atomfeindliche Stimmung im Land befeuert. Landwirte und Bürger/-innen waren kurz zuvor aus dem Wendland aufgebrochen, um den Bau

eines „nuklearen Entsorgungszentrums“ zu verhindern. Als sie am 30. März in Hannover eintrafen, wurden sie von 100.000 Menschen bejubelt. Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst-Albrecht (CDU) ruderte zurück und wollte auf den Bau des „Herzstücks“ dieser Anlage, die WAA, verzichten. Und nun das! Zaunkämpfe in Wackersdorf, erste grüne Listen bei Wahlen!

Beschwichtigen hieß nach dem Super-GAU in Tschernobyl das Gebot der Stunde. Deutsche Politiker wurden in den Wochen nach der Katastrophe nicht müde zu erklären, dass sich „bei uns“ ein Unfall in dieser Form nicht ereignen könne, „in dieser Form“ hätte sich eine Reaktorkatastrophe in westlichen Industrienationen nicht ereignen können, denn diesen Reaktortyp gab es nur im „Ostblock“. Viele Menschen ließen sich nicht länger von windigen Vergleichen und Wahrscheinlichkeitsrechnungen blenden. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit eines Reaktorunfalls? Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit im Lotto zu gewinnen? Die genaue Lotto-Ge-

winnchance für die Gewinnklasse 1 beträgt 1:139.838.160. Was niemanden davon abhält, einen Tippschein auszufüllen, denn es gibt ja real Gewinner/-innen. Und Verlierer.

► Der literarische Niederschlag

Es gab eine Vielzahl verheerender Unfälle in Atomanlagen wie 1957 in Majak/Kayschtym wie auch in Windscale – ein Grund dafür, dass die dortige WAA umbenannt wurde und heute Sellafield heißt. Doch bis heute hat Tschernobyl seine „Strahlkraft“ nicht verloren und stellt selbst die Berichterstattung über den verheerenden Tsunami mit der anschließenden Reaktorkatastrophe in Fukushima Daiichi, wo es am 11. März 2011 in gleich drei Reaktoren zur Kernschmelze kam, in den Schatten – zuletzt befeuert durch die US-amerikanisch-britische Serie Chernobyl des Senders HBO, nachdem die letzte Staffel Game of Thrones im Fernsehen gelaufen war. Der Sender setzte dabei nicht auf überbordende Fantasy, die Serie wirft sogar ei-

nen scharfen Blick auf die politischen Umstände der Atomkatastrophe, Chernobyl avancierte 2019 gar zur „aktuell besten Serie“. Rainer Eilers *Reise in eine strahlende Zukunft* lag im Unglücksjahr zuallererst in Buchläden aus und fand seine Leserschaft. Dabei hatte sein Science-Fiction Roman, der als Thriller auch verfilmt wurde, gar nicht die Reaktorkatastrophe zum Thema – hier ging es um hochradioaktiven Müll, die französische Wiederaufarbeitungsanlage Cap de La Hague als Drehscheibe für Atommülltransporte und den Nuklearterrorismus. Ein Jahr später, 1987, machte *Die Wolke* von Gudrun Pausewang Schule, im doppelten Wortsinn. Denn die Jugendbuchautorin hatte einen Super-GAU in die Bundesrepublik, in den Frankfurter Raum, verlegt, kaum verhüllt schimmerte als Unglücksort das AKW Grafenrheinfeld hindurch. Bleibt nachzutragen, dass dieses Atomkraftwerk 2015 nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima-Dai-ichi stillgelegt wurde. „An diesem Freitagmorgen wehte eine starke Brise. Plötzlich heulte die Sirene. Herr Benzig brach seinen Kommentar zur neuen Französisch-Lektion mitten im Satz ab und warf einen Blick auf seine Armbanduhr. ‚Neun vor elf‘, sagte er. ‚Komische Zeit für einen Probealarm. Es stand auch nichts davon in der Zeitung.‘“ Atomkritische Deutschlehrer/-innen machten *Die Wolke* in ihren Klassen zur aufrüttelnden Pflichtlektüre, über 1,5 Millionen Exemplare wurden verkauft und nach Fukushima stieg die Nachfrage erneut. Die bedeutendste DDR-Autorin, Christa Wolf, brachte 1987 ihre Tschernobyl-Reflexionen, den *Störfall*, im Ost-Berliner Aufbau-Verlag heraus, und provozierte damit zugleich eine politische Störung angesichts des offiziellen Atomkraft-Optimismus der DDR. Nachrichten aus Tschernobyl erreichten ein kleines Dorf in Mecklenburg. „So setzen sich die Mütter vors Radio und bemühten sich, die neuen Wörter zu lernen. Bequerel. Erläuterungen dazu – von Wissenschaftlern, die, von keiner Ehrfurcht gehemmt, was die Natur im Innersten zusammenhält,



nicht nur erkennen, auch verwenden wollen. Halbwertszeit, lernen die Mütter heute. Jod 131. Cesium.“ Der bösartige Himmel, die Ausbreitung der radioaktiven Wolke, lastete schwer. Bösartig wie dieser ist auch der Tumor. Der Bruder der Ich-Erzählerin muss sich zeitgleich einer Hirntumor-Operation unterziehen. Und hier klingt auch thematisch an, was Swetlana Alexijewitsch später fortführt: Bitter ist es mit Blick auf diese und – mögliche – kommende Katastrophen sagen zu können, was für ein „Vorzeichen heutzutage, älter zu sein“. Ein Bibelvers aus der Apokalypse, der den Super-GAU regelrecht vorwegzunehmen schien, wurde für Gläubige zu einem bitteren Symbol für das Vergessen begangener Sünden, zum Symbol für das nahende Gottesgericht, schreibt die Historikerin Liliya Bereshnyak *Die Tschernobyl-Tragödie als göttliche Warnung. Wie sich Religion und Politik in der Ukraine und Weißrussland seit der Reaktorkatastrophe von 1986 verändert haben*. In der Offenbarung heißt es: „Und der dritte Engel posaunte: und es fiel ein großer Stern vom Himmel, der brannte wie eine Fackel und fiel auf den dritten Teil der Wasserströme und über die Wasserbrunnen. Und der Name des Sterns heißt Wermut. Und der dritte Teil der Wasser ward Wermut; und viele Menschen starben von den Wassern, weil sie waren so bitter geworden“ (Offenbarung 8:10, 11). In der ukrainischen Übersetzung klingt der biblische „Stern Wermut“ wie „Чорнобиль“ (Tschornobyl). Swetlana Alexijewitsch, die Autorin des Feature-Bandes *Tscherno-*

byl: Eine Chronik der Zukunft, erhält 2015 den Nobelpreis für Literatur. „Tschernobyl ist ein Mysterium, das wir erst entschlüsseln müssen“, schrieb sie in dem Band, der Ende der 90er Jahre erschien. Für die ukrainische Nobelpreisträgerin ist der Super-GAU von Tschernobyl ein noch „ungedeutetes Zeichen“. Es gehe darum, zu verstehen, dass die Menschheit sich in einer neuen Phase der Geschichte befindet, schreibt Peter Unfried in seiner Rezension. Alexijewitsch nenne das eben nicht die „Welt nach Tschernobyl“, sondern die „Welt von Tschernobyl“. Seine Ausdeutung klärt diesen Unterschied: „In der alten Geschichte war Krieg der Gradmesser des Schrecklichen. Im Inneren wie bei Stalin. Von außen kommend wie Hitler. Das Schreckliche in der alten Geschichte war immer zu sehen, zu hören, zu fühlen, wenn es passierte. Tschernobyl ist der Beginn einer neuen Geschichte, in der das Schreckliche zeitversetzt kommt. Die Frauen von Tschernobyl küssen ihre Männer im Krankenhaus und halten sich nicht von den ‚verseuchten Objekten‘ fern, wie die Ärzte ihnen raten. Als sie sehen, was die Radioaktivität Schreckliches anrichtet, ist es auch für einige von ihnen zu spät. Das gilt auch für CO₂, für den Klimawandel, seine Begleiterscheinungen wie Taifune, Überschwemmungen, Dürren. Auch seine Folgen sind zeitversetzt: verwüstete Landstriche, Zerstörung des alltäglichen Lebens, wie wir es kennen, Tote, Menschen auf der Flucht, Städte ohne Menschen. Krieg ist in der neuen Welt die Folge der Katastrophe, nicht mehr umgekehrt, wie früher. Und wie Radioaktivität kennt auch der Klimawandel weder Grenzen noch Rassen, noch Völker.“

Wolfgang Ehmke

Tanz den SuperGAU

Köhring Verlag

ISBN:
978-3-926322-70-8

Preis 8,90 €

erhältlich auch
im BI-Büro



Gedenktage? Ja bitte ...

Das Jahr 2020 strotzt nur so vor Gedenktagen mit regionaler und nationaler Bedeutung

Blick zurück Vielen werden sie schon zu viel: die Gedenktage und Jubiläen, mal still und nachdenklich, mal feierlich, sogar pompös begangen, im Fernsehen zu jeder Nachrichtenzeit vermeldet, fast unausweichlich für politisch und kulturell Interessierte. Und 2020, 75 Jahre nach Kriegsende, kommt es dicht auf dicht. Von Axel Kahrs



► Freie Republik Wendland 1980

Nach dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz folgt nun die Kapitulation vom 8. Mai als Tag der Befreiung, von anderen schon wieder als Schmach empfunden, dann die Atombombe auf Hiroshima, die Gründung der Vereinten Nationen und so weiter.

Im Wendland werden viele im Februar an den Bombenangriff mit vielen Toten in Dannenberg gedacht haben, danach wurden die Dömitzer Brücke am 20. April zerstört, „an Führers Geburtstag“, wie man noch lange danach unbedacht im Wendland sagte. Im Mai wird die „Freie Republik Wendland“ 40 Jahre alt, im Juni feiert der Künstlerhof Schreyahn sein 40-jähriges Gründungsjubiläum: Viele seiner schreibenden Gäste wie Guntram Vesper, Andreas Maier, Reinhard Jirgl und Arnold Stadler schrieben zur Elbe, zur Brücke und zu Gorleben, was sie dabei empfanden, wenn sie hinfuhren.

Wer diese Jubiläen begehen will, sollte sich klar machen, dass Gedenktage eine wichtige, identitätsstiftende Rolle spielen können, wenn man sich einig ist in der Bewertung, den Konsequenzen und Lehren. Wenn man dagegen streitet, kann auch das segensreich sein, denn der Dialog schärft den Blick. Nur Jubiläen, die Überlegenheit demonstrieren, sind schädlich, denn wenn Mehrheiten die Minder-

heiten schlecht aussehen lassen, schwindet der Kitt in unserer Gesellschaft.

Meiner Generation (Jg. 50) war es unangenehm, ja suspekt, wenn in der Nachkriegszeit an der Dömitzer Brücke Vertriebenenverbände aufmarschierten, mit Fackelzügen, Fahnschwenkern und Marschmusik. Der Deich davor wurde zur „Kranzabwurfstelle“ für die Ewiggestrigen im Kalten Krieg. Was sollte uns das Lamento im Schatten der deutschen Teilung?

Doch dann kam Walter Mossmann, Liedersänger und AKW-Gegner vom Kaiserstuhl. Er lehrte uns etwas, er beschämte uns singend. Wir hier im Zipfelrand gegenüber der „sowjetischen Besatzungszone“ (SBZ), dem Ulbrichtstaat (das war „der Spitzbart“), wir hörten auf einmal Mossmanns „Lied vom Lebensvogel“ nach der „Crucifixion“-Melodie von Phil Ochs, und wurden still. Unser Barde sang:

„Da, wo die Elbe rauskommt aus den Zaun, der unter Strom steht und schießt; / Da, wo die Elbe ´n Zaun lang durch die grüne Stille fließt, / Steht dreiunddreißig Jahre, viel zu lange schon, / eine zerbrochene Brücke, als Sinnbild der Region, / Wo rechts und links vom Wasser verwandte Menschen wohn´n, / Für die der Fluß so breit wie ´n Weltmeer ist. // Da denk ich an den Oberrhein, die Grenze zwischen Wyhl

und Marckolsheim / Warum soll so ´n Zusammenschluß hier ausgeschlossen sein? / die Herrn in Ost und West spielen mit uns ein schlimmes Spiel / Schau, unter unsern Füßen brennt derselbe heiße Müll, / Und doch sind uns die Nachbarn drüben fremd. Das ist Land ist still. / Noch ist es still...“

Mossmanns frischer, unverbogener Blick von außen überraschte, sein Vergleich mit dem Rhein am Kaiserstuhl stimmte nachdenklich – auf einmal sollte die Dömitzer Brücke das „Sinnbild der Region“ sein? Der Gorleben-Protest aber nahm den Hinweis auf, seine Besetzungen des Niemandslandes vorm DDR-Grenzzaun bei Gummern und anderswo waren spektakulär.

Danach kamen die versunkenen Geschichten wieder hoch, Flüchtlingsschicksale am Elbufer von Dieter Hildebrandt, Christa Wolf, Erika Hornstein. Ralph Giordano und Arno Schmidt besuchten hier die Flussgrenze, Volker Schlöndorff und Wim Wenders richteten die Kameras auf den Dömitzer Brückenstein, und Nicolas Born sprach vom „in die Stille hinein knisternen Schlaf“ des Eisens.

Jahre später standen wir erneut betroffen da: Der historisch bewanderte Unternehmer Toni Bienemann – ausgerechnet aus der Stadt Arnheim mit ihrer berühmten Weltkriegsbrücke als Symbol für die dunklen Tage der deutschen Besetzung im holländischen Hungerwinter 1944/45 – nahm der Deutschen Bahn die ihr wohl zu schwer gewordene Last der Geschichte ab und erwarb die Dömitzer Bahnbrücke samt Bahndamm.

Wir können nun auf ihr sinnstiftende Gedenktage ausrichten, später auch am 3. Oktober, dem 30. Jahrestag der Wiedervereinigung, aber auch am 7. Dezember, dem 50. Jahrestag des Kniefalls von Willy Brandt in Warschau. Damals fing vieles von dem an, was wir heute sind oder erleben...

Zum ersten Mal: „Wir stellen uns quer!“

Vor 25 Jahren fand der erste Castortransport ins Wendland statt

Geschichte „In jeder Küche kann beim Kuchenbacken mal etwas Backpulver danebengehen!“ Als Atomkraftgegner/-innen im Wendland 1995 diese Verharmlosung der Risiken eines Castortransports hören, sind sie außer sich. Die Bemerkung ist noch heute vielen Wendländer/-innen im Ohr. Birgit Hunecke blickt 25 Jahre zurück.

Atomkritiker/-innen hören den Satz von einer Frau, die Geschichte schreiben sollte: Angela Merkel, im Jahr 1995 frisch „gebackene“ Bundesumweltministerin, findet den Widerstand gegen die Castoren „unverständlich“. Es werde so getan, „als wenn die Welt untergeht“. Einige Wochen nach Merkels Vereidigung wird bekannt, dass der Castortransport aus dem AKW Philippsburg am 25. April 1995 Gorleben erreichen soll – also einen Tag vor dem neunten Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe. Fauxpas Numero zwei.

Durch den wendländischen Widerstand, der Kontroversen zwischen der Bundesregierung und dem Land Niedersachsen auslöste, verzögerten sich die Castortransporte um ein ganzes Jahrzehnt. Doch im Sommer 1994 ordnet das Bundesamt für Strahlenschutz schließlich die Einlagerung eines ersten Behälters aus dem Atomkraftwerk Philippsburg bei Karlsruhe an. Die Fuhre soll ursprünglich im November kommen, wird jedoch in letzter Sekunde durch das Lüneburger Verwaltungsgericht gestoppt. Der Castor ist nicht vorschriftsgemäß beladen worden. Daraufhin fällt Merkels unselige Bemerkung. Vier Monate später aber gibt es kein Halten mehr:

Am 24. April kurz nach acht Uhr abends beginnt der Transport mit hochradioaktivem Abfall aus dem Atomkraftwerk Philippsburg seine Fahrt in das Zwischenlager Gorleben. Eine Diesel-Lok der Deutschen Bahn zieht den mit einer Plane abgedeckten Sicherheitsbehälter mit den Brennstäben aus dem Kraftwerksgelände. Gleich zu Beginn der Fahrt muss ein massives Polizeiaufgebot zahlreiche Demonstrant/-innen von den Gleisen fernhalten. Für die Streckensicherung während der Fahrt durch Deutschland sind 8000 Beamte von Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS) im Einsatz. Nach vielen Aktionen im Vorfeld,



Der erste Castortransport ins Zwischenlager Gorleben musste noch unter blauer Plane reisen, später wurden weiße Transporthüllen aus Stahl konstruiert. Auch die „Schutzausrüstung“ der Polizei mutet noch recht instabil an.

befindet sich der Landkreis Lüchow-Dannenberg am 25. April im Ausnahmezustand. Sämtliche Schulen sind geschlossen, die Bauern organisieren per Trecker einen Protestmarsch. Zu sehen sind Transparente, zu hören Anti-Atomkraft-Lieder, es brennen Holzstämme auf den Gleisen am Bahnhof Hitzacker, und die zweite Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg ist bei Zernien blockiert.

Tausende Polizisten treffen auf Tausende Demonstranten.

Die gesamte Castor-Transportstrecke ist Ziel von Anschlägen und Protesten. Gut 2000 Atomkraftgegner/-innen im Wendland leisten erbitterten Widerstand und stellen sich quer.

Im Schrittempo nähert sich das 125 Tonnen schwere Ungetüm mit der gefährlichen Fracht zuerst per Bahn, später per LKW seinem Ziel. Nach 14 Stunden Zugfahrt und 580 Kilometern Strecke trifft der Castorbehälter aus dem baden-württembergischen AKW schließlich am Verladebahnhof Dannenberg-Ost ein. Gegen Mittag wird der Behälter auf einen Straßen-Tiefelader gesetzt und tritt die letzten rund 20 Kilometer nach Gorleben

an. 6500 Beamt/-innen von Polizei und BGS bahnen dem Transport mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und resolutem Wegschleppen von Demonstrant/-innen den Weg.

Es ist 17.12 Uhr als sich hinter dem ersten Castorbehälter, der je nach Gorleben fuhr, die Tore des Zwischenlagers in Gorleben schließen. Ein Vierteljahrhundert ist das jetzt her, und der Behälter steht immer noch in der „Kartoffelscheune“.

Bundesweit protestierten 1995 etwa 4000 Atomkraftgegner/-innen. Insgesamt waren 15000 Polizisten im Einsatz – der bis dahin größte Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik sollte später nur noch von denen zu weiteren Atommüllfuhren übertroffen werden. Dieser erste Castortransport kostete den Steuerzahler rund 55 Millionen Mark (22,5 Mio. Euro), also etwa 100 000 Mark (50 000 Euro) je Kilometer.

Gleich nachdem der Castor in Gorleben abgeladen war, kündigte das Bundesumweltministerium unter Angela Merkel an, bis Jahresende werde weiterer hochradioaktiver Atommüll aus dem AKW Biblis und dem AKW Gundremmingen folgen.



Beständigkeit durch Wandel

Portrait Das Umdenken setzt ein, als das große Hochwasser nach Lüchow-Dannenberg kommt. In den Wochen der großen Not wird Lars Gauster als Feuerwehrmann immer wieder zu Einsatzorten gerufen, an denen technische Probleme, Ausfälle, Defekte zu beheben sind. Andreas Conradt hat ihn in seiner Werkstatt besucht.

„Bei den Feuerwehren laufen heute noch einige Sachen, die ich damals mit Schraubenzieher, Feuerzeug und ein bisschen Lötzinn reparieren konnte. Früher hätte ich ausgetauscht, aber während der Flut ging das nicht. Zu sehen, dass kleinste Ursachen große Ausfälle bedeuten und dass diese Ursachen eigentlich immer schnell behoben werden können, hat meine Einstellung zur Nachhaltigkeit im technischen Bereich schon sehr geprägt.“

Als der Wasserstand der Elbe sinkt, setzt Lars den eingeschlagenen Weg fort und gründet in Dannenberg mit ehrenamtlichem Engagement das erste Reparaturcafé im Wendland. Und er wird von Hilfesuchenden fast überrannt. Seit einigen Jahren schon findet „von Frau Doktor bis zu Herrn Hausmann“ ein Umden-

ken statt, eine Abkehr vom gar zu lange trainierten Wegwerf-Verhalten hin zur Nachhaltigkeit. Technik wird aus wirtschaftlichen Gründen genauso oft repariert wie aus sentimental oder aus der Erkenntnis, dass neue Geräte den alten in puncto Qualität häufig unterlegen sind.

Inzwischen hat Lars sein Engagement im Reparatur-Café in Dannenberg auf andere Menschen übertragen, hilft jetzt stattdessen beim Aufbau eines solchen Cafés in Hitzacker – und gibt Seminare in ähnlichen Einrichtungen in der ganzen Republik. „Ich zeige Leuten, wie sie mit ganz einfachen Methoden – Tasten, Fühlen, Riechen – den Fehler zunächst mal finden können. Und wie sie mit Taschenmesser, Löffel oder Draht ganz Vieles reparieren können.“ Der Bereich boomt, Schulungen in Reparatur-Cafés beanspruchen einen großen Teil von Lars' Zeit. Und natürlich sein Ladengeschäft in der Innenstadt von Dannenberg. Das „Gauster Haus“ ist in der ganzen Region bekannt für die große Ausstellung von neuen Fernseh- und Hifi-Geräten. Lars und sein Team verkaufen, liefern, bauen auf, programmieren – und stellen Sender ein. Im hinteren Teil des Ladens wird auch hier in zunehmendem Maße repariert: Rundfunk- und Fernseh-technik, Unterhaltungselektronik – und immer wieder diese neuen Thermo- und Mix-Geräte. Für Lars

nimmt der Stress zu und die Zufriedenheit ab. So kann es nicht weitergehen, zumal das Reparaturgeschäft stetig wächst, die Marge beim Verkauf neuer Geräte durch Internethandel und Elektronikmärkte aber immer weiter sinkt. Und so ist der radikale Schritt, den Lars 2019 vollzieht, beinahe vorprogrammiert.

Kurzerhand wird die Scheune am privaten Bauernhaus in Damnatz zu Werkstatt und Lagerfläche ausgebaut und das Geschäft in Dannenberg geschlossen. „Hier im neuen ‚Gauster Haus‘ können wir jetzt ohne Störungen durch Laufkundschaft reparieren.“ Und Videos drehen für den YouTube-Kanal, auf dem Lars Reparatur-Tips gibt. Oder Seminare vorbereiten zur Schulung von Reparaturwerkstätten überall in Deutschland. Mit beidem verdient Lars ein bisschen Geld zusätzlich, aber: „Einfach war es mit dem Laden nicht, und das ist es auch jetzt nicht. Aber der gelebte Beitrag zum Wandel zu mehr Nachhaltigkeit macht zufrieden. Das war, was ich wollte.“

Und offenbar ist die Zeit dafür reif: ARD und ZDF berichten, SAT1 und RTL Nord wollen demnächst vorbeikommen. Artikel im Magazin der Industrie- und Handelskammer, in BILD, Stern und FAZ erscheinen. „Mein Mitarbeiter Manfred und ich tun eigentlich nur das, was wir gelernt haben, aber inzwischen wird das wieder gesehen!“



► Wodka der Sorte ATOMIK ist das erste Produkt der Chernobyl Spirit Company. Das Korn dafür soll in der Sperrzone rund um den havarierten Reaktor angebaut werden. Mindestens 75 Prozent des Gewinns aus dem Verkauf sollen zur Unterstützung der dort (noch oder wieder) lebenden Menschen und zum Schutz der neu entstandenen Wildnis gespendet werden. Die Chernobyl Spirit Company wird von Personen aus England, der Ukraine und den USA betrieben.



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Für die Jahre 2020 bis 2024 sind vier Castor-Transporte geplant, bei denen hochradioaktiver Atommüll von Frankreich und Großbritannien nach Deutschland verschoben werden soll, ohne dass es ein Konzept für eine langfristige Lagerung gibt und geben kann. Jeder einzelne Transport stellt ein zusätzliches Risiko durch radioaktive Verstrahlung dar.

Haltet Euch bereit, denn:

Der für März geplante Transport wurde aufgrund der Ausbreitung des Corona-Virus nur verschoben. Die Transportgenehmigung gilt aber noch bis Dezember! Und schon 2021 folgt der nächste Castor!

ES IST NOCH NICHT VORBEI ...

DIE RÜCKKEHR DER ATOMKRAFT VERHINDERN!



Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

